

Redaktion u. Verwaltung: ...
Telegraph-Adr.: ...
Inserate werden laut Tarif ...

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich Kz 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—
Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlegung der Retourmarken.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Zeitvergeudung als Politik.

Da wir dafür eintreten, daß jedem arbeitenden Menschen das gesetzliche Recht auf einen Sommerurlaub zustehe, haben wir natürlich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Minister der Tschechoslowakischen Republik und die Führer der heutigen Regierungskoalition sich einige Zeit von den Mühen, die ihnen das Regieren verursacht, erholen. Aber das besagt noch nicht, daß im Sommer jede politische Arbeit zu ruhen hätte, daß man einfach alles laufen läßt und daß von allen Aufgaben, die man sich vorgenommen und deren Erfüllung man der Bevölkerung versprochen hat, auch nicht die geringste einer Verwirklichung nähergebracht wird.

Die koalitierten Regierungsparteien können nicht genug Aufhebens davon machen, daß endlich die Regierungsvorlage betreffend die Sozialversicherung der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde. Was ist in den letzten Wochen geschehen, um den jahrzehntelangen Wunsch der Arbeiterschaft nach Versicherung der alten und invaliden Arbeiter, der Witwen und Waisen endlich zu erfüllen? Sieh es doch, daß der sozialpolitische Ausschuss sofort zusammentritt und einen Unterausschuss einsetzt, wird der während der Sommerferien tagen, sich mit der Regierungsvorlage befassen und der eventuell Änderungen an ihr vornehmen wird, damit der anfangs September wieder zusammentretende sozialpolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses bereits eine Grundlage für seine Beratungen vorfindet. Aber obwohl jetzt schon Mitte August ist, hat man von dem Unterausschuss nichts gehört, und es ist gar kein Zweifel, daß aus dem Zusammentritt des sozialpolitischen Ausschusses anfangs September nichts werden wird. Weit und breit ist von Beratungen über die Sozialversicherungsvorlage nichts zu hören.

Ebenso geschieht nicht das geringste, um die Wirtschaftskrise zu mildern und das Heer der Arbeitslosen abzubauen. Von dem vom Handelsminister Novak ebenso wie vom verstorbenen Finanzminister Raschin im Dezember des Vorjahres prophezeiten Herannahen der industriellen Konjunktur ist nichts zu spüren. Statt daß die Regierung darauf bedacht wäre, durch wirtschaftliche Maßnahmen zur Hebung der industriellen Beschäftigung beizutragen, kennt sie nur ein Rezept, um den Staat von der Fürsorge für die Arbeitslosen zu befreien, indem sie die Arbeitslosenunterstützung herabsetzt. Wir werden in den heurigen Winter abermals mit einer gewaltigen Menge von Arbeitslosen hineingehen, aber die Qual und Pein, der Hunger und das Elend, das den Arbeitslosen bevorsteht, treiben die Regierung nicht dazu, ihre Untätigkeit aufzugeben. Bei der geradezu ungeheuerlichen Geldflüssigkeit, die auf dem Kapitalmarkt herrscht, und die zu wahren Verdienstorgien an der Prager Börse geführt hat, wäre es der Regierung möglich, unter gewissen Bedingungen ihr Investitionsprogramm durchzuführen und so tausenden von Menschen Arbeit zu verschaffen — aber es geschieht nichts. Von den versprochenen Bemühungen des Volksnahrungsministeriums wegen des Abbaus der Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel haben wir desgleichen nichts gehört, obwohl seit der letzten Sitzung der sagenhaften ständigen Konsumentenenquête, eine Schöpfung des Herrn Ministers Dr. Franke, auf die sich die Nationalsozialisten sehr viel einbilden, mehr als zwei Monate verfloßen sind. Die Lohnherabsetzungen gehen weiter, die Arbeiterschaft kämpft schwer um ihr Dasein und statt des erhofften Preisabbaues, den das Ernährungsministerium hat bringen wollen, bereitet das Ackerbauministerium Getreidezölle vor, damit für die große Masse der Bevölkerung das Leben noch schwerer wird.

Und so ist es mit allen anderen brennenden politischen Fragen. Die Staatsangeestellten warten auf die Novellierung des

Generalstreik der Bergarbeiter.

Beginn am 20. August.

Prag, am 16. August.

Das Sekretariat des Bergarbeiterverbandes gibt bekannt: Heute nachmittags wurden die Verhandlungen zwischen dem Präsidium der koalitierten Bergarbeiterverbände und den Vertretern der Grubenbesitzer fortgesetzt. Zunächst wurde getrennt einerseits zwischen den Vertretern der Strauer Arbeiter und den Vertretern der Grubenbesitzer des dortigen Reviers, andererseits zwischen den Vertretern der Arbeiter der Braunkohlenreviere und der dortigen Unternehmer verhandelt. Nach diesen Beratungen trat eine gemeinsame Konferenz der Vertreter der koalitierten Verbände mit den Vertretern der Grubenbesitzer zusammen, in der konstatiert wurde, daß bei den getrennten Beratungen keine Basis gefunden wurde, auf der der Konflikt sowohl im einzelnen als auch im ganzen beigelegt werden könnte. Die Reichskonferenz der Bergarbeiter, die mit Rücksicht auf diese Beratungen auf 16 Uhr vertagt worden war, beschloß unter diesen Umständen über das weitere Vorgehen der Bergarbeiter. Auf dieser Konferenz waren 53 Delegierte der koalitierten Bergarbeiterverbände und 20 Delegierte der Revierräte vertreten. Den Vorsitz führten die Obmänner der koalitierten Verbände. Neben den Verlauf der Verhandlungen und ihr Ergebnis referierten die Abgeordneten Proszil und Pohl. Nach ihren Referaten fand eine Debatte statt, an der Vertreter aller Reviere teilnahmen. Nach der Debatte wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Mit Rücksicht auf den Beschluß der Revierkonferenzen und mit Rücksicht darauf, daß im Verlauf der seit Montag geführten Verhandlungen keine Einigung über die Regelung der Lohnverhältnisse weder im einzelnen noch für alle Reviere erzielt werden konnte, beschließt die Reichskonferenz der Bergarbeiter, daß am 20. August in allen Kohlenrevieren der Republik die Arbeit eingestellt werde. Für die Zeit des Streikes und für seine Führung gelten die früheren Streikvorschriften.“

Ferner wurde einmütig nachstehender Antrag angenommen:

„Die Reichskonferenz spricht den koalitierten Bergarbeiterverbänden für die Führung der bisherigen Verhandlungen das volle Vertrauen aus und ermächtigt sie ausdrücklich zur Führung des Kampfes und zur Führung eventueller Verhandlungen. Die Reichskonferenz erwartet, daß alle sozialistischen Parteien mit allen Kräften den den Bergarbeitern ausgezwungenen Kampf unterstützen werden. In dieser Unterstützung gehört auch, daß sich die politischen Parteien nicht in die Führung des Kampfes getrossen und den Delegierten die erforderlichen Instruktionen erteilt. Der Zentral-Streik-Ausschuss tagt seit heute in Permanenz, vorkünftig in den Räumlichkeiten der koalitierten Verbände in Prag.“

Die Übereinstimmung aller deutschen Sozialdemokratischen Parteien.

Berlin, 16. August. (Eigenbericht.) Der „Vorwärts“ zitiert heute die Meinungsäußerungen des Prager „Sozialdemokrat“ und der Wiener „Arbeiterzeitung“ und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Absichten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von den deutschen Genossen außerhalb des Reiches so richtig verstanden wurden. Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß die sozialdemokratische Partei in der neuen Regierungskoalition ihren Willen mit aller Entschiedenheit zur Geltung bringen werde. Sie habe für die zu leistende Arbeit ein Programm aufgestellt, von dessen Durchführung ihr Verbleiben in der Koalition abhängig sei, und die bürgerlichen Parteien hätten dieses Programm anerkannt. Wenn der kraftvolle Einfluss der politischen Arbeitervertreter auf die Führung der Reichsgeschäfte bemerkbar werde, dann würden die früheren Gegner der Koalitionspolitik in der sozialdemokratischen Partei zu ihren Anhängern werden. Im entgegengesetzten Falle aber würden sich die bisherigen Anhänger dieser Politik in ihre entschiedensten Gegner verwandeln;

Dezembergesetzes, die Koalitionsparteien haben versprochen, die ärgsten Härten dieses Gesetzes zu beseitigen, aber die Staatsangestellten können weiter warten. Die Gemeindevwahlsachen sollen ausgeschlossen werden, aber es scheint, daß auch hier die Sommerferien der Regierungs- und Koalitionspolitik ein Hindernis sind, um dem Gesetz Genüge zu leisten und das gesetzmäßige Recht der Bevölkerung zu wahren. Würde nicht der Minister Beneš geschäftig alle Hauptstädte Europas besuchen, die Bewohner würden vergessen, daß sie regiert werden.

Nach alledem scheint es, daß auch der heurige Herbst an gesetzgeberischen, für die Bevölkerung notwendigen Arbeiten unfruchtbar sein wird. Wenn die Gemeindevwahlen im September oder Anfangs Oktober stattfinden wer-

es liege an den bürgerlichen Koalitionsparteien, diesen Zusammenhang richtig zu würdigen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Gehler gegen Zeigner.

Dresden, 16. August. Wie die „Dresdener Volkszeitung“ mitteilt, hat Reichswehrminister Gehler als Antwort auf die schwere Beschuldigung Dr. Zeigners gegen die Reichswehr in seiner bekannten Leipziger Rede jeden dienstlichen Verkehr mit dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner verboten.

Der Brotpreis stößt!

Berlin, 16. August. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Magdeburg ist in der Provinz Sachsen in vollem Umfange die Ruhe wiederhergestellt. Bis auf wenige Ausnahmen sind auch die Landarbeiter wieder zur Arbeit zurückgeführt. Die Plünderungen auf den Feldern haben aufgehört.

In Groß-Berlin sind die Preise für marktfreies Gebäck ermäßigt worden. Das marktfreie Brot kostet ab Freitag 200.000 statt bisher 240.000 Mark.

den, wird sich der Zusammentritt des Parlaments verzögern, während des Wahlkampfes wird nicht daran gedacht werden können, das Herbstprogramm des Abgeordnetenhauses vorzubereiten, das Abgeordnetenhaus wird zusammentreten und nichts Fertiges vorfinden. Dann wird es nur eine Sorge geben, das Budget. Von der Regierung und den Koalitionsparteien wird bewußt die Zeit totgeschlagen und der höchste politische Gedanke der allnationalen Koalition scheint der zu sein, daß es sich in der Tschechoslowakei am besten und am leichtesten regieren läßt, wenn man nichts macht. Im alten Oesterreich sagte man, daß mit dem Paragraph vierzehn jeder Esel regieren könne, in der Tschechoslowakei sieht man, daß es auch ohne den Paragraph vierzehn geht.

Sollen Hausgehilfinnen bei der Krankentassa angemeldet werden?

Zu den am meisten bedrückten und rechtlosesten Schichten der Gesellschaft gehören die Hausgehilfinnen. Für sie haben in der Praxis die modernen sozialpolitischen Errungenschaften, die den Zweck haben, das Leben und die Gesundheit des Arbeiters zu schützen und seine Menschenrechte sicherzustellen, keine Wirksamkeit. Und man kann die ganze Größe der sozialpolitischen Reaktion in der Tschechoslowakei daran erkennen, daß man den Hausgehilfinnen eines ihrer wenigen Rechte zu nehmen vermag, das sie seit dem Jahre 1919 besitzen haben: das Recht auf Krankenversicherung.

Am 2. Juli 1923 hat das Oberste Verwaltungsgericht ein Erkenntnis gefällt, worin ausgesprochen wird, daß in zwei bestimmten Fällen der Dienstnehmer im Haushalte der obligatorischen Krankenversicherung nicht unterliegt. Damit hat das Gericht im Gegensatz zu dem klaren Wortlaut des Gesetzes vom 15. Mai 1919 entschieden. In diesem Gesetze wird der Umfang der Krankenversicherung im Paragraph 1 folgendermaßen umschrieben:

„Für den Krankheitsfall sind nach Maßgabe dieses Gesetzes alle Personen versichert, welche Arbeiten und Dienste auf Grund eines Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses verrichten und dieselben nicht als Nebenbeschäftigung oder gelegentlich ausüben.“

Diese Gesetzesstelle ist zweifellos für den Umfang der Versicherungspflicht bindend und es ist gar keine Frage, daß die Hausgehilfinnen einen Dienst „auf Grund eines Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses“ verrichten. Wer daran noch zweifeln könnte, wird durch den Paragraph 2 belehrt, in welchem ausgeführt wird, daß Personen, die bei verschiedenen Arbeitgebern im Dienste oder in der Wirtschaft Arbeiten gegen Lohn verrichten (Bedienerinnen, Hausmädchen, Wäscherinnen u. dergl.) berechnigt sind, sich als Mitglieder bei der Krankentassa anzumelden. Daß hier Hausgehilfinnen ausdrücklich nicht genannt werden, ist ein klarer Beweis dafür, daß eben nur die im Paragraph 2 genannten Berufe, die gelegentlichen Arbeiten im Haushalte leisten, angemeldet werden können, während Hausgehilfinnen als Dauernd in einem Dienstverhältnisse befindliche Personen angemeldet werden müssen. Das Ministerium für soziale Fürsorge war auch bis zur Fällung des erwähnten Urteiles des Obersten Verwaltungsgerichtes dieser Meinung und hat in einem Erlasse vom 4. Juli 1919 ausdrücklich „alle Dienstboten in den Haushaltungen auf dem Lande und in der Stadt“ für versicherungspflichtig erklärt. Daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, welche die Änderung des Krankenversicherungsgesetzes vom Jahre 1919 beschloßen hat, derselben Meinung war, beweisen die Worte ihres Berichterstatters, der im Plenum des Hauses ausdrücklich erklärt hat, daß durch die Novelle des Gesetzes alle Dienstboten auch der Privathaushalte in die Krankenversicherungspflicht einbezogen werden.

Trotz dieser klaren Rechtslage hat nun der Oberste Verwaltungsgerichtshof anders entschieden. Er muß auch, um dieses Schicksal zu begründen, auf eine Gesetzesstelle zurückgreifen, die für den Umfang der Versicherungspflicht nicht von Belang ist und wo sich durch eine gewisse Unklarheit die Möglichkeit ergibt, die Anschauung des Verwaltungsgerichtes juristisch zu schützen. Es ist dies der Paragraph 4 des Gesetzes, in welchem als Arbeitgeber diejenigen bezeichnet werden, „auf deren Rechnung das Unternehmen oder die Wirtschaft betrieben wird“. Solche Arbeitgeber sind nach Anschauung des Gerichtes die Haushaltungsvorstände nicht, weil der Haushalt kein auf Gewinn gerichtetes Unternehmen ist! Außerdem stützt sich das Gericht noch auf den Paragraph 20 der Dienstbotenordnung für Böhmen, in welchem dem Dienstgeber einer Hausgehilfin auferlegt wird, die Krankenversicherung zugunsten des Dienstboten zu übernehmen, obwohl natürlich das frühere Recht einer feudalen Dienstbotenordnung durch das spätere Recht des bürgerlichen Staates außer Kraft gesetzt wird.

Die Folge der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes ist eine völlige Verwirrung, die nun eingetreten ist. Als einer der ersten Arbeitgeber im Haushalte, der seine Hausgehilfin von der Krankenversicherung abgemeldet hat, erschien Herr Dr. Lodgeman auf dem Plan, der Führer der Deutschen Nationalpartei, der auch hier gezeigt hat, daß er im Inneren seines Herzens ein Vertreter der Unternehmerrinteressen und Feind der Arbeiterklasse ist. Aber ein solches Verhalten der Haushaltungsvorstände ist nicht nur ein Zeichen der Arbeiterfeind-

Forderungen der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei für alle Selbstverwaltungskörper.

Nachstehend veröffentlichen wir das vom Teilnehmer Parteitag (1921) beschlossene Kommunalprogramm unserer Partei, dem mit Rücksicht auf die kommenden Gemeindefreiwahlen größte Aktualität zukommt.

1. Die Verwaltung des Staates wird von der Beamtenschaft, die nur der Regierung untersteht, befreit. In einer demokratischen Republik muß die gesamte Verwaltung direkt durch die vom Volke gewählten Vertreter ausgeübt werden: Die Demokratie in der Gesetzgebung ist ein bloßes Stückwerk ohne die Demokratie in der Verwaltung. Keine Verfassung kann dem Volke genügen, die nicht auf der festen, unzerstörbaren Grundlage der demokratischen Lokalverwaltung ruht, in der das Volk sich seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten selbst regiert.

2. Die Tschechoslowakische Republik wird von mehreren Nationen bewohnt. Sollen die nationalen Kämpfe, die das wirtschaftliche, politische und kulturelle Leben aller Völker verzerren, eine wesentliche Milderung erfahren, muß jedes Volk seine Angelegenheiten selbst verwalten, das Staatsgebiet in national abgegrenzte Bezirke eingeteilt werden. Nur wenn die Nationen als freie, von einander völlig unabhängige Körperschaften rechtlich konstituiert werden, Steuerhoheit erhalten, damit sie die Ausgaben für die Schule, für Kultur- und andere Wohlfahrtszwecke selbst bestreiten können, wird ein friedliches Nebeneinanderleben der Völker ermöglicht. Durch ein von den Nationen einvernehmlich beschlossenes Gesetz müßten auch die nationalen Rechte der Minderheit geregelt werden.

3. Die Gemeinden befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Staat. Durch die Übertragung von Aufgaben der staatlichen Verwaltung und polizeilicher Funktionen sind die Gemeinden Organe der staatlichen Bürokratie geworden, deren Befehlsgewalt sie unterworfen sind.

5. Das Ziel der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und die Verwirklichung des Sozialismus. Uebergang von Privat- in den Gemeindefiskus bedeutet ein Stück des Weges zum Sozialismus. Darum fordern wir ein Gesetz, durch das Gemeinden sowie andere Selbstverwaltungskörper das Recht erhalten, Unternehmungen bestimmter Wirtschaftszweige zu übernehmen und zu betreiben.

6. Die Wohnungsfrage kann die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht lösen, weil der Privatbesitz an Grund und Boden eine Grundlage dieser Gesellschaftsordnung bildet. Der Krieg hat durch den Stillstand jeglicher Bautätigkeit während seiner ganzen Dauer die Wohnungsnot in ungeheurem Maße verschärft. Die Ueberfüllung der Wohnungen, namentlich in den Städten und großen Industriegebieten, ist zur fürchterlichsten Gefahr für die Volksgesundheit, für die Quelle der Verwahrlosung der Jugend und zur Zerrüttung des Familienlebens geworden. Nach dem Kriege sind die Baukosten so gestiegen, daß die private Bautätigkeit fast völlig zum Stillstand gekommen ist. Darum müssen wir von der Gesetzgebung verlangen, daß die rechtlichen Grundlagen für eine großzügige sozialdemokratische Wohnungspolitik geschaffen werden.

7. In den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Tätigkeit stellt die Deutsche sozial-

demokratische Arbeiterpartei die Fürsorge für den Menschen, insbesondere für die Jugend und das Alter, für alle Hilfslose und Fürsorgebedürftigen.

Von diesen Erwägungen ausgehend fordern wir:

I. Verfassungsrecht.

1. Völlige Beseitigung des bürokratischen Herrschaftssystems.

2. Selbstverwaltungskörper als die einzigen Organe der Verwaltung, die ihre Beamten und ihre Amtsprache selbst wählen.

3. Nationale Selbstverwaltung. In Gemeinden mit starker nationaler Mischung werden für jede Nation besondere Vertretungskörper auf der Grundlage freier Wahl aller Volksangehöriger geschaffen, die die besonderen Angelegenheiten der Nation selbständig verwalten.

4. Beseitigung aller gesetzlichen Beschränkungen, durch die der Staat die freie Selbstverwaltung behindert und aufhebt. Beschränkung des staatlichen Aufsichtrechtes auf das Recht der Beaufsichtigung gesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung ihrer Gefährlichkeit nur durch die ordentlichen Gerichte.

5. Gesetzliche Regelung betreffend die Schaffung von Gemeindeverbänden unter völligem Ausschluß jeder staatlichen Einwirkung. Jede Gemeinde muß berechtigt sein, einem Gemeindeverbande beizutreten oder bei der Gründung mitzuwirken. Der Zusammenschluß zu Gemeindeverbänden kann auch von einem übergeordneten Selbstverwaltungskörper beschlossen werden. Für Minderheitsgemeinden muß der übergeordnete nationale Selbstverwaltungskörper mitentscheiden.

6. Gemeindevertreter sind in derselben Weise gegen jede Verfolgung in der Ausübung ihrer Funktion zu schützen, wie die Mitglieder der Nationalversammlung.

II. Reform der Finanzen.

1. Steuerhoheit für die Selbstverwaltungskörper durch Schaffung eines Gesetzes, das sie berechtigt, selbständige Realsteuern (Grund- und Gebäudesteuer, Bauplatz- und Wertzuwachsabgabe) einzuheben. Die Realsteuern sind nach dem gemeinen Wert zu bemessen, der periodenweise zu ermitteln ist. Sonstige Steuern jeder Art, soweit ihre Einführung nicht durch Gesetze ausdrücklich verboten ist, und insofern nicht Lebensmittelartikel betroffen werden. Bei allen Zuschüssen für das Schul- und Gesundheitswesen, für die Wohlfahrtspflege und den Wohnungsbau, Ersatz aller Aufwendungen für die Auftragsangelegenheiten.

2. Zuweisungen von Anteilen aus den Erträgen der Staatssteuern, wobei den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Gemeinden Rechnung zu tragen ist.

3. Zuschüsse für alle Auftragsangelegenheiten, ferner für das Schul- und Gesundheitswesen, für die Wohlfahrtspflege und den Wohnungsbau.

4. Entschuldung der Gemeinden durch Zuweisung aus der Vermögensabgabe.

III. Kommunalisierung.

Unternehmungen, die allgemein notwendigen Bedürfnissen der Gemeinde dienen, sind ausschließlich von der Gemeinde zu betreiben, soweit

sie nicht von einem größeren Verband (Reich, Gau oder Bezirk) sozialisiert sind, und zwar:

- a) Verkehrsunternehmungen für das Gemeindegebiet,
- b) Unternehmungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Licht und Kraft,
- c) Herstellung von Kleinwohnungen, zu welchem Zwecke den Gemeinden ein Enteignungsrecht des unbekanntem Bodens zusteht,
- d) Apotheken,
- e) Bestattungswesen,
- f) Herstellung von Gegenständen des Bedarfs der Gemeindeverwaltungen,
- g) Theater- und Lichtspielunternehmungen.

In national gemischten Gemeinden können solche Beschlüsse nur mit Zustimmung der nationalen Gemeindevertretungen gefaßt werden.

IV. Wohnungsfrage.

a) Das Kommunalisierungsgesetz muß den Gemeinden das Recht geben, das im Bereich der Gemeinde befindliche Gelaub- und die Produktionsstätten ihres Bereiches sowie natürliche Lagerungen von Baumaterialien zu enteignen und in gemeinschaftlichen Betrieben, das zum Bau von Wohnungen erforderliche Material zu beschaffen.

b) Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes.

c) Ein Wohnbausteuergesetz, die Steuer auf die Mietzins entsprechend gestaffelt, steht der Gemeinde zu. Aus dem Erträgnis werden besonders notwendige Reparaturen an den Häusern von der Gemeinde vorgenommen und Gemeindehäuser gebaut.

d) Eine vernünftig abgestufte Bauordnung.

e) Errichtung von Wohnungsamtern mit den Aufgaben der Inspektion, der Statistik und des Nachweises der Wohnungen.

V. Wohlfahrtspflege.

Gesetzliche Regelung der gesamten Wohlfahrtspflege auf Grundlage der nationalen Selbstverwaltung.

1. Kinder- und Jugendfürsorge.

Der Gemeinde obliegt die Fürsorge für schulpflichtigen Nachwuchs. Diese Aufgabe umfaßt: Den Säuglings- und Mutterschutz, die Waisenspflege, die Pflege und Fürsorge für aufsichtslos und gefährdete Kinder.

Zur Beforgung aller dieser Aufgaben dient das Jugendamt, welchem die Berufsvormundchaft und die ärztliche Beratungsstelle sowie die zur Erfüllung bestimmter Fürsorgeaufgaben zu schaffenden Einrichtungen (Säuglingsasyl, Mütterheime, Kinderhort, Kinderkrippen, Kindergärten, Waisenhäuser usw.) angegliedert sind.

Zur Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen sind Hauspflege und Unterstützungen hilfsbedürftiger Personen vorzusehen.

Zur Ueberwachung der in Familienpflege befindlichen Waisen sind Berufsfürsorgereinnen zu bestellen.

Für Schulkinder ist durch Bestellung von Schul- und insbesondere von Zahnärzten (in größeren Städten Zahnambulatorium), Turn- und Sportplätzen, Ferienkolonien, Vorpflege zu treffen.

Schul- und allgemeine Kinderauspeisungen sowie Schwimmbad- und Badeeinrichtungen sollen die Kinderfürsorgeeinrichtungen der Gemeinde ergänzen.

Ein Zahlungsmittel gegen den Währungsverfall.

Berlin, 15. August. Wie die „Zeit“ mitteilt, soll so bald als möglich ein Zahlungsmittel geschaffen werden, das durch seine unbedingte Wertbeständigkeit dem verhängnisvollen Einfluß des bisherigen Währungsverfalles entgegenwirken soll. Das wertbeständige Geld, das geschaffen werden soll, bedürfe weiterer Maßnahmen zu seiner Sicherung. Darüber fanden Verhandlungen mit Vertretern wirtschaftlicher und berufständischer Organisationen statt. Es sei zunächst nicht beabsichtigt, die Gesetzgebung in Anspruch zu nehmen, sondern es werde damit gerechnet, daß die in Betracht kommenden Zweige der Wirtschaft Hilfe und Mitwirkung freiwillig zur Verfügung stellen. Bei diesem Plane handle es sich darum, den Sachbesitz, der z. B. durch die Produktion der Landwirtschaft und Industrie (Kali, Kohle, chemische Produkte usw.) gegeben sei, für die Sicherung und Deckung eines neuen wertbeständigen Zahlungsmittels nutzbar zu machen.

Kommunistischer Kultur-Schwindel.

Zur „Kulturausstellung“ im Prager Industriepalast.

Die Besprechung, die unser gelegentlicher Mitarbeiter L. A. der obengenannten Ausstellung im „Sozialdemokraten“ vom 10. d. M. zuteil werden ließ, hat einige unserer Leser zu Zuschriften veranlaßt. Die Billigkeit erfordert es, daß wir der ausführlichen von ihnen, auch um ihrer beachtenswerten Argumente willen, in vollem Ausmaß Raum gewähren. L. A.

Die begeisterten Töne, in welchen L. A. die Ausstellung von „Arbeiterkunstwerken“ im Prager Industriepalast als eine einzigartige Kundgebung des „schaffenden Proletariates“ pries, haben in mir die größten Erwartungen geweckt. Schon lange nicht bin ich bitterer und schmerzlicher enttäuscht worden.

Soll ein Kunstschaffen als „proletarisch“ bezeichnet werden können, muß es dem eigenen Weltbild und Lebensgefühl der Arbeiterklasse den notwendigen und originellen, also einen schlechterdings neuen Ausdruck verleihen, es muß sich von der bisher herrschenden bürgerlichen Kunst dem innersten Wesen nach unterscheiden. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß alle Kunst, soweit man sie zurückverfolgen kann, nicht nur von den völkischen, geographischen, zeitlichen und technischen Bedingungen des betreffenden Volkes und der betreffenden Epoche, sondern auch von der überherrschenden sozialen Struktur aufs wesentlichste abhängt. Dafür zeugen ebenso die nur durch Sklaverei ermöglichten Pyramidenbauten Ägyptens und das römische Kolosseum wie die Hofkunst des Barock, die Adelskunst des Rokoko, die würdevolle Bürgerlichkeit

des Empire, der Bourgeoisstil der achtziger- und die sozialistisch angewendete „Arbeiterkunst“ der neunziger Jahre. Im Thema wandten sich die Milet, Meinier, Uhde, Hauptmann usw. den neuen Problemen des Arbeiterstandes zu, in ihrer Art, zu schauen und zu gestalten, bildeten sie aber nur die Methoden weiter aus, welche die sie umgebende bürgerliche Epoche auch sonst ihr eigen nannte, der Realismus und dessen letzte Konsequenz, der Naturalismus sind das künstlerische Gegenpiel zur Eroberung der gesamten äußeren Welt, wie sie der bürgerlichen Technik und Politik gelang. Das Gefühl, daß es in dieser Richtung schlechterdings nichts weiter zu erobern gebe, hat der betonten Wirklichkeitskunst ein Ende gesetzt und jenes Suchen ausgelöst, wie es uns, leider zu meist zu Bluff und Zynismus verzerrt, im Expressionismus, Kubismus, Dadaismus u. dgl. entgegentritt.

„Zu sehen“, das muß der heiße Drang auch jedes wahrhaft „proletarischen Schaffens“ sein, die Erkenntnis muß ihm im Blute liegen, daß die bisherigen Mittel, die ein andere Welt darzustellen hatten, nicht ausreichen können, um die neue Welt des proletarischen Denkens, Fühlens und Wollens auszudrücken. Es kann nicht genügen, bei gleichbleibender Technik nur noch einmal, nach der Art Milets, Meiniers, Uhdes, Hauptmanns usw., die Themen zu wechseln, schöpferisch wird erst der große proletarische Gedanke in der Kunst geworden sein, wenn er sein Gemeingefühl, sein Bekenntnis zur Klasse, seine Betonung der wirtschaftlichen Voraussetzungen in eine dieser neuen Bedingungen entsprechende neue Art des Schauens und Schaffens umgesetzt hat. Es kann nicht die Aufgabe der prinzipiellen Betrachtung und Kritik sein, diese „neue Art“ zu finden oder ahnend zu beschreiben, dem künstlerischen Genie nur, das ganz dem Proletariat entwachst, wird es vorbehalten sein, sie mit glücklichem Griff ans Tageslicht zu stellen, nur das Genie kennt das weckende Zauberwort vom „Tisch-

leindeckel“. Die Kritik kann nur warten, ermuntern und jeden Reim des Werdens mit Sorgfalt hegen.

Für diese ihre Aufgabe bietet ihr die Prager „Kulturausstellung“ kein Feld, hier weht auch nicht der leiseste Hauch eines Neuen, kein Ringen nach unbekanntem Zielen tritt ihr hier, Hoffnung wachend, entgegen. Damit wäre eigentlich eine Just von den „Moskauern“ veranstaltete proletarische Ausstellung schon gerichtet, denn sie betonen immer wieder, daß einzig und allein ihre Proletkult der Anfang einer anderen Welt bedeute. Aber auch wenn wir solche grundfällige Forderungen beiseite lassen, verfaßt, und das ist das Niederdrückendste, diese Ausstellung ganz und gar. Es soll hier nicht weiter von dem Mangel an Sorgfalt gesprochen werden, mit dem die Ausstellungsleitung vorging, wenn sie beschmutzte, verwahrloste, windstiefle, zerdrückte und zerbeulte Gegenstände zur Ausstellung zuließ und ein Gesamtbild zustande brachte, das mehr an einen Landelmarkt als an eine Kulturstätte erinnert. Viel trauriger ist es, daß sich nichts von Talent auch nur im herkömmlichsten Sinne unter den Ausstellern regen will. Besten Falles errichten zwei oder drei Gemälde, voran ein Massenporträt, den bescheidenen Durchschnit dessen, was einem in jeder beliebigen Kunsthandlung begegnet, alles übrige ist hilflosester Dilettantismus. Und zwar nicht Dilettantismus in jenem edlen Sinne, der die Aufnahmefähigkeit des ihn Lebenden schärft und ihn zum sachkundigen Vorkämpfer für alles aufstrebende Gute macht, sondern Dilettantismus als bloßen Nachahmungstrieb für das Alltägliche, Dupendmähige. Wenn es dem Arbeiter oder den Universitätsprofessor (das ist hier wirklich völlig gleichgültig) freut, seine Ruhestunden mit harmlosen Pinsel- oder Laubsägeübungen auszufüllen, so ist das sein Privatvergnügen, das ihm jeder gönnt, aber man tut Unrecht, es an die Öffentlichkeit zu zerren, und ein Verbrechen, es, wenn

der Herstellende zufällig Arbeiter ist, als „proletarische Kultur“ auszusprechen. Denn man kompromittiert dadurch unbarmherzig die Kulturhöhe des Proletariates, das aus sich heraus immerhin Künstler vom Range eines Arno Holz, Gerit Engelske, Arno Nabel und Karl Pröger hervorgebracht hat, man erniedrigt es in verantwortungsloser Weise zum Nachläufer einer überwundenen Kleinbürgerkultur von „Hausgrueln“, wie sich um 1800 die „gute Stube“ des Spielers bedrückten und jetzt noch in der Erinnerung Hölenschreden wecken.

Beweise? Welcher Gegenstand der Prager Ausstellung außer den zwar künstlerisch herkömmlichen, doch handwerklichen Holzleiste- und Glasarbeiten — und daß das Proletariat sich auf Gewerbe und Handwerk versteht, beweist niemand, jede Gewerbeausstellung ist, genau genommen, ein Ehrenmal der Arbeiterkraft und nicht der sie besoldenden Unternehmer! — beweise das eben Gesagte nicht? Da gibt es unzählige Glasfiguren mit eingeleigten Kunstblumen in schreienden Farben; ein „in Seide genähtes“, entsetzlich geschmackloses Bild von Karl Marx; einen mit Kerzenstummeln bestickten „Luster“ in Laubsägearbeit, der beim ersten Windzug in Flammen ausgeht und als sinnloses Winkelwerk Seinesgleichen sucht; einen anderen, schief zusammengefügt „Luster“ aus gestanzten Blechblättern; Tintenfass aus Laubsäge geschnittenen Bretchen mit, wahrhaftig, einem — Fahrrad als Aufsatz; Bilderrahmen in Formen und aus Materialien, die dem Zweck schnurstracks zuwiderlaufen; weibliche Handarbeiten, welche die einschlägigen Geschäfte längst in den letzten Winkel verbannt haben; Papierblumen in Pappdeckelvasen — kurz, lauter Gegenstände fast, die dem ersten Grundsatze des Kunstgewerbes, daß jedes seiner Produkte ohne überflüssigen Schnickschnack dem beabsichtigten Zweck und dem angewandten, immer zweckgemäß zu wählenden Material zu entsprechen hat, geradezu wider-

2. Gesundheitswesen.

Zur Fürsorge für das Gesundheitswesen der Gemeinden sind Gesundheitsämter zu schaffen. Ihnen unterstehen alle zum Schutze der Gesundheit erforderlichen Einrichtungen.

Das Gesundheitsamt überwacht den gesamten ärztlichen Dienst in der Gemeinde. Unmittelbar, nicht versicherungspflichtige Kranke haben auf unentgeltliche ambulante ärztliche Behandlung Anspruch. Für schwere Erkrankungen ist durch Einrichtung von städtischen Krankenhäusern oder — wo dies möglich ist — durch unentgeltliche Unterbringung in anderen öffentlichen Krankenanstalten vorzuzuführen.

Durch Errichtung ärztlicher Ambulatorien (Untersuchungs-, Beratungs- und Behandlungsstellen), Genuß- und Erholungsheime, Heime für Lungkranke, Trinker und Geisteskranke, weiters durch Bestellung beruflich ausgebildeter Pflegerinnen, durch Schaffung von Einrichtungen für den Krankentransport und das Rettungswesen ist der ärztliche Dienst der Gemeinde auszugestalten.

Der Seuchenbekämpfung ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und die hierfür erforderlichen Einrichtungen (Desinfektionsdienst, Wohnungsinspektion, Beratungsstellen) ins Leben zu rufen.

Die Einrichtung eines städtischen Nahrungsmittelamtes hat der Gesundheitspolizeilichen Überwachung der Verarbeitung und des Vertriebes von Nahrungs- und Genußmitteln zu dienen. Die sorgfältige Straßenreinigung und Kanalisation, die Schaffung von Abdeckungen und Einrichtung zur Beseitigung und Verwertung der Abfälle hat den Gesundheitsdienst der Gemeinde zu ergänzen.

3. Sonstige Fürsorgezweige.

Das städtische Fürsorgewesen ist auf modernen Grundlagen aufzubauen, die Unterstützung an Fürsorgebedürftige ist den jeweiligen Teuerungsverhältnissen anzupassen, für körperlich Hilfsbedürftige sind Versorgungshäuser, Obdachlosenasyle und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle einzurichten.

VI. Arbeiter-, Bediensteten- und Beamtenfürsorge.

Aufnahme der Lohnklausel in die Arbeits- und Lieferungsverträge der Gemeinden, Abrechnung der Streikklause; Einsetzung von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindeglieder, Festsetzung der Arbeitsordnungen, Dienstvorschriften usw. nur im Einvernehmen mit der Gewerkschaftsorganisation und dem Betriebsausschusse, Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung, Pensionsversicherung aller ständig beschäftigten Arbeiter und Angestellten mit Alters-, Witwen- und Waisenrente.

Inland.

Tschechnationaldemokratischer Dank an die Kommunisten. Viel besprochen wird in der tschechnischen sozialdemokratischen Presse ein Artikel des nationaldemokratischen Journalisten Sís im kapitalistischen „Moravsko-Slezsky Deník“. Sís schreibt unter dem Titel: „Der siegreiche Nationalismus“ folgendes: „Nach der Beendigung des Weltkrieges stürzte über Europa eine hohe Welle des Sozialismus, die den Nationalismus zum völligen Niedergang zwang, welcher sich seine Herrschaft bloß in einigen kleinen Staaten, wie zum Beispiel in Jugoslawien bewahrte. Der Sozialismus siegte überall, seine Ära begann. Sie war aber nur kurz, denn die sozialistischen Truppen wurden bald zerstreut, der Kommunismus zerstörte die Kraft des Sozialismus und rettete so den reinen Nationalismus.“ Weiter zählt der Autor die Verdienste der italienischen Kommunisten, welche Mussolini zum Siege verhalfen, der belgischen Kommunisten, welche — obgleich schwach an Zahl — den Austritt Oesterreichs aus der Regierung beschleunigten und das Regime des Nationalisten Theunis ermöglichten, der französischen, die darum sorgten, daß das Ministerratspräsidium an Poincaré fiel, der holländischen, die den Sozialdemokraten Troelstra befreiten und dessen Stelle von Nationalisten und Konservativen eingenommen ward, der finnischen Kommunisten, welche den Fall der sozialistischen Regierung herbeiführten und durch eine nationalistiche Ablösung, der ungarischen, welche Horthy in den Sattel hoben, der österreichischen Kommunisten, welche den Sozialdemokraten soviel Schwierigkeiten bereiteten, daß diese die Regierungsjügel den Merkmalen überlassen mußten und schließlich der deutschen Kommunisten auf, ohne welche es nie möglich gewesen wäre, die Regierung Scheidemann durch eine bürgerlich-nationalistische zu ersetzen. Ueber die Verhältnisse der Tschechoslowakei sagt der Autor, daß die Kommunisten zum Glück Utopien nach einer tschechoslowakischen Sowjetrepublik nachhingen und die Regierung Tuszar stützten. „Die Kommunisten rissen sich von den Sozialdemokraten los, wodurch sie sich schwächten, heute regiert in unserer Republik die allnationale Koalition, in der die Parteien mit nationalem Programm die überwiegende Mehrheit haben.“ So ruft triumphierend der nationaldemokratische Artikelschreiber aus und gerät vor Freude darüber ganz aus dem Häuschen. Die Kommunisten können auf diesen Dank von tschechnationaldemokratischer Seite wahrlich stolz sein!

Der Eintritt in die große Koalition

wird von der Parteipublizität gebilligt.

Berlin, 16. August. (Eigenbericht.) Heute war der Parteiaussschuß der sozialdemokratischen Partei zur Beratung der politischen Lage in Berlin zusammengetreten. Genosse Hermann Müller hielt ein einleitendes Referat über die politischen Vorgänge der letzten 8 Tage. Nach ausgiebiger Aussprache fand folgende Entschliessung mit übergroßer Mehrheit Annahme:

„Der Parteiaussschuß erkennt an, daß die Reichstagsfraktion das Kabinett Cuno zum Austritt gezwungen hat und billigt nach der Lage der Dinge den Eintritt der Partei in die Regierung; er hält die sachsame und eifrige Tätigkeit der sozialdemokratischen Minister im Kabinett Stresemann sowie der gesamten Fraktion für erforderlich, um die Durchführung des von der gesamten Partei gebilligten Aktionsprogrammes und weiterer in dieser Richtung liegender Forderungen durchzusetzen. Der Parteiaussschuß fordert die Parteigenossen im Lande auf, alles zu tun, was geeignet ist, unsere Minister und die Fraktion in diesem Kampfe zu unterstützen.“

Abgelehnt wurde zuvor ein Antrag Sander und Genossen, der sich gegen die große Koalition aussprach; auch ein Antrag Sander-Dresden, zur Besprechung der politischen Lage einen Parteitag einzuberufen, fand Ablehnung.

Berlin, 16. August. (Eigenbericht.) Der Eintritt der sozialdemokratischen Partei in die Koalitionsregierung gibt jetzt zu lebhaften Erörterungen in den örtlichen Organisationen der Partei Veranlassung. Zusammenfassend kann man feststellen, daß die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen den Beschluß der Reichstagsfraktion in Berücksichtigung der außerordentlichen Umstände billigt. Einzelne Bezirke dagegen, besonders in Berlin und Sachsen, erblicken in der Teilnahme der Partei an einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei eine außerordentlich schwere Belastungsprobe für die Sozialdemokratie und sie verlangen, daß das Experiment sofort rückgängig gemacht werden solle, sobald sich die von der Fraktion erwarteten günstigen Wirkungen nicht bemerkbar machen. Bei allen diesen Meinungsverschiedenheiten kommt übereinstimmend zum Ausdruck, daß die Einheit der Partei unter allen Umständen gewahrt werden müsse und daß es über diese Differenzen nicht nochmals zur Spaltung kommen dürfe. Die Spekulation der Kommunisten darauf, daß der Eintritt der Sozialdemokraten in die große Koalition zu einer Schwächung der Partei führen werde, wird sich also bald als eine grobe Selbsttäuschung erweisen. Allerdings werden sich die günstigen Auswirkungen des Beschlusses der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erst dann zeigen, wenn es der Koalitionsregierung gelingt, eine wesentliche Besserung der innen- und außenpolitischen Lage herbeizuführen.

Ein Aufruf der Berliner Partei.

Berlin, 16. August. (Eigenbericht.) Der Bezirksverband Berlin der sozialdemokratischen Partei veröffentlicht heute einen Aufruf zum Zusammenbruch des kommunistischen Streiks, indem er die Parteigenossen auffordert, dafür zu sorgen, daß die von den Kommunisten betätigt und enttäuschten Arbeiter nicht einer dumpfen Gleichgültigkeit erliegen und sich jetzt nicht womöglich den neuesten Koalitionsfreunden der Kommunisten, den Hafenkrenzern, anschließen. Die zu leistende Arbeit sei nicht die agitatorische Ausnützung einer günstigen Gelegenheit, sondern das Verbinden der Wunden, die in der letzten Woche der Arbeiterbewegung durch politische Unzurechnungsfähigkeit geschlagen worden seien. Es solle nichts versprochen und kein Paradies ausgemalt, sondern der Weg einer zielbewußten, positiven sozialistischen Politik gezeigt werden.

Nachrichten aus dem Reiche.

Berlin, 16. August. Wie die Blätter mitteilen, wird heute in sämtlichen Großberliner Gaswerken wieder gearbeitet werden, so daß der normale Gasdruck überall wiederhergestellt werden wird. In den übrigen städtischen Betrieben wird seit gestern wieder voll gearbeitet. — Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier haben die Verhandlungen über die Beilegung des Streiks zu einer Einigung geführt. Die Arbeit wird in vollen Umfange wiederaufgenommen. Auch im Lausitzer und Merseburger Bezirke ist mit einer baldigen Einigung zu rechnen. — Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Münster kam es im Datteln gestern nachmittags zu schweren kommunistischen Ausschreitungen. Eine Menge von 6000 Menschen stürmte das Amtshaus und mißhandelte den Beigeordneten Will. Die zur Entsetzung des

Amthausbesitzer herbeigezogenen Polizeibeamten wurden mißhandelt. Von Reddinghausen sind polizeiliche Verstärkungen angekommen. Die Besatzung hat ein Eingreifen gegen die Ruhestörer abgelehnt. — Die wilden Streiks haben im Laufe des gestrigen Tages in Harburg an Umfang zugenommen. Im ganzen liegen 34 Betriebe still. Die Gewerkschaften haben Aufrufe erlassen, die sich gegen die wilden Streiks wenden. Von Seiten der Arbeitgeber ist ein Angebot gemacht worden, das von den Betriebsräten und Gewerkschaften angenommen, von den Ausständischen aber abgelehnt wird. — In einer Versammlung der Vertrauensleute der Hamburger Hafenarbeiter wurde gestern mit großer Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die Besatzungen der Schleppdampfer haben die Arbeit wieder aufgenommen. Auf den Werften sind die Verhältnisse noch ungeklärt.

De Valera — gefangen.

London, 15. August. De Valera wurde heute mittags von Freistaatstruppen in Ennis (Grafschaft Clare) gefangen genommen, als er gerade eine vielfach angekündigte Rede begonnen hatte. Die Truppen, die in Begleitung eines Panzerwagens erschienen waren, umzingelten die Plattform des Redners und verwundeten zwei Personen durch Schüsse. Darauf wurde De Valera gefangen genommen. Es entstand eine Panik, bei der drei Personen verwundet wurden. Nach der Gefangennahme wurde De Valera in eine Kaserne überführt.

Südafrika warnt Frankreich.

London, 16. August. Einer Reuterdepesche aus Bloemfontain zufolge ernannte General

Im Jahre 1921 wurde schon vom Ministerium für soziale Fürsorge ein Gesetzesentwurf über die öffentliche Arbeitsvermittlung ausgearbeitet, welches bereits zwei Jahre im Budgetausschuß liegt und vom sozialpolitischen Ausschuß des Abgeordnetenhauses erledigt wurde. Ebenso liegt im Ministerrate die Gesetzesvorlage über die Kollektivverträge, deren Gesetzgebung zahlreichen Lohnstreitigkeiten vorbeugen würde. Auch das Gesetz über den bezahlten Arbeiterurlaub soll zur Verhandlung gelangen, stößt aber auf den Widerstand der Tschechoslowaken.

Die tschechische Sprache an Mittelschulen. Die „Cestoslavensta Republik“ schreibt: In Durchführung des Gesetzes über den Unterricht im Tschechischen an den Mittelschulen hat der Unterrichtsminister angeordnet, daß im Schuljahre 1923—24 die Staatsprache in allen Mittelschulen (und Lehrerbildungsanstalten) mit anderer Unterrichtssprache als der tschechoslowakischen Pflichtgegenstand in der 1. Klasse beziehungsweise im 1. Jahrgang ist; in den weiteren Schuljahrgängen gilt die Staatsprache fortlaufend als Pflichtgegenstand in den höheren Jahrgängen. In den höheren Klassen aller dieser Institute hat sofort bei Beginn des Schuljahres 1923—24, soweit es nicht schon früher geschehen ist, der Unterricht in der Staatsprache eingeführt zu werden, und zwar als unobligatorischer Gegenstand und es soll diesem Unterrichte, sowohl von Seite der Lehrerschaft als auch von den Schülern besondere Fürsorge und Aufmerksamkeit gewidmet werden. Sollte ein Schüler in einer Klasse, in der bisher die Staatsprache kein Pflichtgegenstand war, nicht genügend fortgeschritten und so in eine Klasse kommen, wo die Staatsprache bereits Pflichtgegenstand ist, kann einem solchen Schüler durch die Zentralbehörde auf Verlangen der Eltern oder deren gesetzlichen Vertreter eine Vertagung der Prüfungen aus der Staatsprache spätestens bis Ende des nächstfolgenden Jahres bewilligt werden.

Das Arbeitsprogramm des Parlamentes. Zu Beginn der Herbstsession wird das Abgeordnetenhaus eine Reihe sozialpolitischer Gesetze erledigen, die sozusagen in „Vergessenheit“ geraten sind.

Smuts in einer Rede auf dem Kongresse der südafrikanischen Partei alle großen und kleinen Nationen in Europa, sich um Großbritannien zu scharen, um eine Weltkatastrophe zu verhindern. Die Lage sei ernster denn je und wenn man in Amerika sehe, daß die europäischen Nationen Großbritannien unterstützen, so glaube er daran, daß Amerika wieder zur Errettung Europas beitragen und seinen Zusammenbruch verhindern wird, dessen Folgen noch in einem Jahrhundert nicht wieder gutgemacht werden könnten. Wenn alle Nationen zusammen handelten, so bestünde immer noch die Möglichkeit, daß Frankreich die ihm drohende Gefahr erlöste. Smuts erklärte: Deutschland geht unter; es befindet sich am Rande des Abgrundes, und wenn die Dinge so weiter gehen wie jetzt, so bricht Deutschland als Staat auseinander. Die Auflösung Deutschlands werde eine weit ernstere Tatsache sein, als der Sturz Rußlands. Wenn Deutschland auseinanderbricht, Deutschland mit seiner zentralen Lage in Europa, dann wird die Zivilisation um 100 Jahre oder noch mehr zurückgeworfen. Zum Schluß erklärte Smuts, es stehe noch nicht fest, welche weitere Aktion die britische Regierung zu unternehmen beabsichtige, ob sie den Völkerbund zu Rate ziehen oder eine besondere Konferenz der interessierten Nationen einberufen werde, um eine Aktion zu ergreifen.

Vom Reisen und Wandern.

Grundsätzliches gelegentlich der ersten Alpenreise der Brünnener Volkshochschule.

Die Volkshochschule in Brünn hat sich zur Aufgabe gesetzt, das Bildungsmonopol des bestehenden Schulsystems zu durchbrechen und auf diese Weise zur Kultivierung breiter Volksschichten beizutragen. Das großzügige Bildungsprogramm, welches für zwei Jahre (sechs Trimester) in Aussicht genommen war und alle wesentlichen allgemeinen wissenschaftlichen und künstlerischen Gebiete umfaßte, war nicht so sehr auf Ausflüge eingestellt als vor allem darauf, seelische Bedürfnisse zu wecken.

„Bildung ist weder Wissen noch Können, wohl aber Produkt verarbeiteten Wissens und Vorbedingung methodischen Könnens.“ (C. N. E. in seiner Inaugurationsrede über „Politische Bildung“). Bildung weckt und schärft einen Sinn, welcher ein für tausende Andere nicht vorhandenes Stück Welt erschließt. Die sogenannte „allgemeine Bildung“ ist nur eine Fiktion. In Wahrheit gibt es so viel Bildungen als es Sinne — im weitesten Umfang des Wortes — gibt. Auch der „Naturinstinkt“ gehört zu den bildungsfähigen und bedürftigen Sinnen des Menschen.

Bei starker einseitiger Begabung und Betätigung liegt die Gefahr der Fremdbildung auf anderen Gebieten nahe. Man kann mathematisch oder philologisch geschult und gleichzeitig in bezug auf Musik oder Malerei ungebildet sein. Die fortschreitende Arbeitsteilung, welche sich sogar in den sportlichen Betätigungen durchzusetzen beginnt, weckt daher immer mehr das Bedürfnis nach einer Art Ausgleich dieser „Bildungen“ im Sinne des einstigen humanistischen Ideals des Vollmenschentums.

Auch der Auf der Moderne nach Körperkultur ist als lebendige Reaktion gegenüber der rein verstandesmäßig-wissenschaftlichen und gefühlsmäßig — künstlerischen Kultur zu verstehen. Die Zeiten der Mißachtung des Körpers zugunsten des Geistes sind vorüber. Wir wissen, daß eine gesunde Seele nur in einem gesunden Körper gedeihen kann und der Grundgedanke der Gleichberechtigung der körperlichen und geistigen „Bildung“ beginnt sich auch in der Schulerziehung durchzusetzen. Das einst gerodete als Nebengebiet behandelte „Turnen“ umfaßt heute auch Jugendspiele und alle Arten sportlicher Betätigung; der einmalige „Maiausflug“ wird zu systematischen Schülerwanderungen ausgebaut. Das Gehirn und das muskuläre Mensch beginnen, einander zu verstehen; wir schweben nicht mehr in meteorologischen Regionen; die Erde hat uns wieder.

Diese Entwicklung, soziologisch begründet durch die fortschreitende Industrialisierung der Produktion und — der menschlichen Seele, spiegelt sich auch im Wandel des Naturempfindens. Wer die Reiseliteratur, insbesondere die alpine Literatur durchgeht, wird eine zunehmende Verinnerlichung des Naturempfindens feststellen können. Ein bekannter Alpinist, Dr. Emil Gressmann, schreibt in den Münchener Neuesten Nachrichten 1921 („Zur Erstbesteigungsgeschichte des Totenkirchls“): Als die meisten selbständigen Gipfel in den Alpen bestiegen waren, jektete man einen Stolz davor, die schwierigsten Wege zu wandeln. Dann wiederum gewann die Richtung die Oberhand, welche bestrebt war, auf einem Berg den leichtesten Weg ausfindig zu machen. Endlich — und das scheint in der Gegenwart sich durchzusetzen — den schönsten, eindrucksvollsten Weg zu finden.

Bis in die jüngste Vergangenheit läßt sich der Wandel unseres Naturempfindens verfolgen. Es hängt dies mit der Popularisierung — man könnte beinahe sagen: Proletarisierung — des Reisens zusammen. Im Anfang des 19. Jahrhunderts war das Reisen — schon aus materiellen Gründen — eine Angelegenheit der oberen Teilschichten. Diese Vertreter einer geistig und seelisch überfeinerten, durch eine klassische Periode der Kunst und Philosophie hindurchgegangenen, idealistisch gebildeten Menschheit, mit Auffassung und Romantik schwer beladene Kulturträger“ (Dr. K. S. Schubert „Entwicklung und Wertung des modernen Naturempfindens“ S. 2, S. 1922) legten an die Natur den Maßstab ihrer eigenen Unnatur. In den Reisebeschreibungen um 1800 (Schultes, Burgstall, Widemann u. a.) finden wir

Vergleiche der „unvollkommenen“ Natur mit den nach ästhetischen Theorien zugestutzten oder künstlich wildgemachten, mit Wasserfällen, Grotten, allegorischen Figuren usw. ausgestatteten Lustgartenanlagen der Adeligen, welche uns heute so geschmacklos und verlogen erscheinen. Der Schwerpunkt der Betrachtung lag in dieser individualistischen Epoche im Subjektiven. Das Maschinenzeitalter schuf die Sehnsucht nach der freien ungekünstelten Natur; der Stadtmensch beginnt, der gesellschaftlichen Gebundenheit zu entfliehen.

Aus dieser Zeit stammen die stillen Alleingehere, die sinnenden Wanderer, welche die Natur zu erleben verstanden, die Seelentouristen. Die neueste Zeit hat den einseitigen Muskeltouristen geschaffen: Die Natur ist Angriffsobjekt geworden, welches in harter Arbeit überwunden werden muß. Das Wandern ist Sport geworden, Refordangelegenheit: Die Virtuosen des Bergsteigens haben die Liebe zu den Bergen entheiligt; sie haben die empfindungsmordende Hast des Stadtlebens in die Natur getragen. Auch das Nordenwandern ist der Ausdruck der maskinellen Betriebsamkeit unserer Tage und für die vielzähligen Aichtouristen gilt noch heute das bissige Wort Schopenhauers, welches einen Ausflug als „Unweg ins Wirtschaftshaus“ bezeichnet.

Dieser Entwicklungsprozeß hat auch in den touristischen Organisationen, insbesondere im „Deutschen und Oesterreichischen Alpenverein“ zu Auseinandersetzungen Anlaß gegeben und es werden in jüngster Zeit ernsthaft Maßnahmen erwogen, um dem drohenden Zerfall des Alpinismus vorzubeugen. Die „Geister“, die man durch die „Erschließung“ der Alpen rief, wird man nun nicht los. Auf der einen Seite droht eine Entartung des Naturempfindens durch die Refordsucht sportlicher Fanatiker, auf der anderen Seite die Verflachung des Naturempfindens durch die Menge, welche auch dabei sein will.

Ein Vertreter des guten, alten alpinistischen Idealismus, Prof. C. S. Lammert, hat in den „Mitteilungen“ des D. O. A. B. 1923 gegen den „Massenbesuch der Berge“ Stellung genommen und verlangt die Rückkehr zur Einfachheit. Als Mittel hierzu werden empfohlen (vgl. „Der Zerfall des Alpinismus und die Wege zum Wiederaufstieg“ von Walter Flaig, Stuttgart in Nr. 6 der „Mitteilungen“): 1. Verbot des Alkoholverbrauches auf sämtlichen Hütten; 2. die Abschaffung der Federbetten und deren Ersatz durch Wolldecken und Seulerger; 3. Aufhebung der Bewirtschaftung gewisser Hütten.

Vor allem aber handelt es sich nach meiner Ansicht um eine Erziehungsfrage. Denn schließlich und endlich kann jeder Mensch von der Welt seelisch nur so viel genießen, als er selbst von ihr zu erfassen vermag.

Aus all diesen Erwägungen heraus wurde im Sommersemester I. J. an der Brünner Volkshochschule ein Kurs „Ueber Reisen und Wandern“ geschaffen, welcher von über hundert Hörern besucht und von mir geleitet wurde. Gleichzeitig wurden zwei Sommerreisen, und zwar eine Alpenwanderung und eine Städtefahrt in Deutschland in Aussicht genommen. Ich muß gestehen, daß ich mit einigem Zagen an die Sache herantrat, denn ich bin als Alpinist natürlich ein Gegner aller Gesellschaftsreisen. Das Wandern ist etwas so Persönliches, daß es womöglich allein erlebt sein will. Darum halte ich auch die innere Vorbereitung zu einer Reise für weit wichtiger als die äußere. Mein soziales Pflichtgefühl siegte. Ich sagte mir, daß man die Menschen überhaupt erst hinausbringen müsse, damit die Natur zu ihnen sprechen könne. So fand ich mich denn mit meiner Führerkolonne ab und schlug eine dreiwöchentliche Alpenwanderung quer durch die Dolomiten ins Ostalpengebiet vor. Ein kleiner Schrecken durchfuhr mich aber doch, als sich nicht weniger als vierzig Teilnehmer meldeten. Wie es uns erging, soll ein weiterer Bericht erzählen.

Th. Hartwig.

Letzte Nachrichten.

Kundgebungen in Braunschweig.

Braunschweig, 16. August. Im Anschluß an eine Betriebsräteversammlung, in der einstimmig der Generalfreik abgelehnt wurde, fand heute vormittags eine von etwa 70.000 Menschen besuchte große Demonstration auf dem Schloßplatz statt. Die Demonstranten stellten eine Reihe von Forderungen auf, die der Landesregierung in ultimativer Form überreicht wurden. Unter anderem wurde der sofortige Rücktritt der Koalitionsregierung in Braunschweig und die Einsetzung einer Arbeiterregierung gefordert. Der Kabinettsrat ist zusammenberufen worden, um zu dieser Forderung Stellung zu nehmen. Einige Forderungen der Demonstranten sind bereits erfüllt worden. So wurde insbesondere ein Kontrollausschuß gebildet, der aus 30 Personen besteht und dem staatliche Rechte für die Heranschaffung und Verteilung von Lebensmitteln erteilt wurden.

Der Betriebsräteauschuß aufgelöst.

Berlin, 16. August. (Wolff.) Der preussische Minister des Innern hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte zu Berlin zu Berlin nebst seinen Unterausschüssen, also auch den Fünfzehnerausschuß der Betriebsräte von Groß-Berlin, aufgelöst und verboten. In der Begründung wird u. a. angeführt, daß der Reichsausschuß bestimmenden Einfluß auf die Bildung und Betätigung der verbotenen proletarischen Hundertschaften ausübe.

Das Abrückungsproblem auf der Interparlamentarischen Konferenz.

Kopenhagen, 15. August. In der Nachmittagssitzung der Interparlamentarischen Union brachte das Mitglied des dänischen Folketing Munich zwei Resolutionen ein, in denen die Notwendigkeit einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen erklärt wird, die unmittelbar auf alle Nationen anwendbar ist und ersucht die Gruppen der Union, bei ihren Regierungen eine Aktion zu unternehmen, damit die auf den Konferenzen in Stockholm und Wien angenommenen Entschlüsse in der darauffolgenden Debatte richtete Prof. Luidde (Deutschland) einen scharfen Angriff gegen die Ruhrpolitik Frankreichs. Es sei richtig, daß verstedte Waffen in Deutschland gefunden worden seien, aber diese seien in so geringem Umfange gefunden worden und das gefundene Material sei so gehalten gewesen, daß es niemals eine Gefahr für Frankreich bedeuten habe. Er befürchte, daß fürchterliche Ereignisse bevorständen, falls Frankreich seine Ruhrpolitik fortsetzen würde. Darauf brachte das Mitglied des englischen Parlaments Butler eine Entschlieung ein, in der die 21. interparlamentarische Konferenz den Geschäftsausschuß auffordert, besondere Kommissionen zu ernennen, die die Aufgabe haben sollen, einen aktiven Feldzug in allen Parlamenten der Welt zum Nutzen einer allgemeinen und wirksamen Herabsetzung der Rüstungen zu eröffnen oder dies auf andere Weise zu bewirken.

Kopenhagen, 16. August. In der Debatte machten Redinger und Heller Mitteilungen über die Stellung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Sie könnten beide nur den vorgelegten Entschlieungen zustimmen, das Ergebnis würde aber von der Durchführung der angebotenen Entschlieungen abhängen.

Die Gemeindevahlen.

Wichtige Parteibeschlüsse.

In einer erweiterten Sitzung des Parteivorstandes, an der die Kreisvertrauensmänner, die Kreissekretäre und die Redakteure der Parteipresse teilnahmen, wurden alle wichtigen Beschlüsse über die Gemeindevahlen gefaßt und den Kreis- und Bezirksorganisationen übermittelt. Wir lassen sie hier auszugsweise folgen.

Beteiligung an den Wahlen und Kandidaturen.

Die Partei stellt ihre „Kandidatenliste der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ auf. Gemeinsame Kandidatenlisten werden nirgends, weder mit einer anderen proletarischen Partei noch mit einer bürgerlichen Partei aufgestellt.

Der Karlsbader Parteitag im Jahre 1920 hat über die Aufstellung von Kandidaten für öffentliche Körperschaften nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Der Parteitag fordert die Parteigenossen und Genossinnen auf, bei der Aufstellung von Kandidaten für die Wahlen in alle öffentlichen Körperschaften womöglich nur solche Genossen und Genossinnen zu berücksichtigen, die nebst den Fähigkeiten und Kenntnissen für die Ausübung eines solchen Mandats eine entsprechende Zeit hindurch Parteimitglieder gewesen und in der Partei tätig sind. Dieser Grundsatz ist auch bei den Wahlen für alle Körperschaften innerhalb der Parteiorganisationen zu befolgen.“

Der Parteivorstand fordert die Genossen auf, für die genaue Einhaltung dieses Beschlusses Sorge zu tragen.

Listenkoppelung. — Entfallen der Wahlhandlung.

Unsere Partei tritt in keinem Orte an eine andere Partei mit der Einladung zur Listenkoppelung heran. Sofern von einer anderen proletarischen Partei, oder von einer bürgerlichen Partei, die Einladung zur Listenkoppelung erfolgt, kann über einen solchen Vorschlag nicht die Lokalorganisation allein entscheiden, sondern sie muß auf jeden Fall einen Beschluß der Bezirksorganisation, die sich wieder mit dem Parteivorstand ins Einvernehmen zu setzen hat, einholen.

Ueber einen eventuellen Vorschlag aller Parteien eines Ortes an unsere Lokalorganisation, eine gemeinsame Kandidatenliste aufzustellen, so daß die Wahl entfällt, muß ebenso wie bei der Listenkoppelung die Bezirksorganisation im Einvernehmen mit dem Parteivorstand entscheiden.

Tages-Neuigkeiten.

Die „Bohemia“ am dem Kriegsspiel.

Seit Wochen hat die deutsche bürgerliche Presse Prag, „Bohemia“ und „Prager Tagblatt“ in holder Eintracht, in den höchsten „Luständen“ ein ergiebige Feld gefunden, sich heberisch zu betätigen. Das Wort „Lustände“ kehrt dabei möglichst oft wieder, es wohnt ihm, richtig betont, ein eigentümlicher maliziöser Klang inne. Also gab man mit besonderer Gemühtung der Anempfehlung des verflochtenen Cuno gegen die rote Sachsenregierung Raum, und weil sich jetzt mit Cuno beim besten Willen kein Staat mehr machen läßt, erzählt man abwechselnd von der erschütterlichen Anarchie in Sachsen und vom Kinderscheiß Dr. Zeigner. Schon daß er Cunos Rüssel nicht ruhig einsteckte, konnte man ihm nicht verzeihen, und erst seine Angriffe auf den böse belasteten Reichswehrminister Geßler erbofen die gute „Bohemia“. Man denke: der Ministerpräsident eines Landes gegen einen Minister des Reiches! Zwar hoben dessen sozialdemokratische Koalitionsgenossen gleich bei der Kabinetsbildung ausdrücklich erklärt, daß sie eine dauernde Zusammenarbeit mit Geßler einschließen ablehnen — tut nichts, er muß für den Sozialdemokraten Dr. Zeigner unbedingte Jafrosankt sein. Und weil er das nicht ist, Dr. Zeigner vielmehr Entschlieungen vorbereitet, spricht die „Bohemia“ von „unhaltbaren Zuständen in diesem von einer sozialistisch-kommunistischen Regierung geleiteten Lande“ und scharf ihre Ohren an, das Gras wachsen zu hören. Dabei erlaucht sie die Neuerung Stresemanns, „daß unerbüßlich Gegenmaßnahmen gegen die fortgeschrittenen Ausschreitungen der Arbeiterchaft bei den Lohnverhandlungen getroffen werden sollen. In Dresden geht natürlich (!) die wildesten Gerüchte um, man spricht von einer angeblich bevorstehenden Reichsexekutive; allein man möchte noch annehmen, daß es noch andere Drudmittel gibt, um das äußerste zu vermeiden. Auf jeden Fall sind die Zustände unhaltbar. Die Entscheidung der Krise muß so schnell wie möglich getroffen werden.“

Die „Bohemia“ will es, Herr Stresemann weiß also, was er zu tun hat. Bisher hat er nur, wie fest verlautet, in der Annagasse nachgefragt, ob er nicht gleichzeitig gegen Bayern die Reichsexekutive einleiten solle, weil auch dort angeblich nicht alles zum Besten stehe. Diese Bedenken wurden mit dem Hinweis zertrütert, daß Monarchismus, Hakenkreuzerei, Faschismus, Schlagringe und dergleichen harmlose Zeitererscheinungen seien und daß die Separationsgelüste des böhmischen Ministerpräsidenten Dr. Knilling ganz anders gewertet werden müßten, weil sie gut teulich und christlich seien. Dieses Argument Besselski leuchtete Dr. Stresemann ein, morgen ist Sachsens sozialistische Regierung gewesen. Die „Bohemia“ will es.

Seipel, der Judenfreund.

Die Hüterleute, Jung und Knirsch haben zehnmal recht, auch wenn wirs ihnen bisher nicht glauben wollten. Die Macht des internationalen Judentums reicht ins Ungemeffene. Nicht genug, daß der Papst den Dr. Frankl empfing und ihm seine Segensgrüße an die Prager Judentum auf die Seele band, jetzt macht der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel dem Bund orthodoxer Juden „Aguda Israel“, der in Wien seine Hauptversammlung abhält und Dr. Seipel dazu eingeladen hat, sein Kompliment. Und wie feierlich noch dazu! Man weiß nicht, wem es zuerst gilt: ob den Orthodoxen, die Seipels eigenes orthodoxes Herz höher schlagen machen, ob den in der „Aguda Israel“ organisierten jüdischen Förderern des christlichen Wahlfonds, ob der +++ internationalen Macht Judas und der „Weisen von Zion“. Sei dem, wies sei, das „Prager Tagblatt“ freut sich des Honigs, den Seipel auch seinem Leserkreis ums Maul schmirt, und wir freuen uns nicht minder, weil ein Christlichsozialer wieder einmal mustergültige beweist, wieviel er von seinen Meistern Lohola und Machiavelli gelernt hat. Die besten Rosinen aus Dr. Seipels Kuchen schauen folgendermaßen aus:

„In einer Zeit, die das aufbauende Werk des Gottesglaubens und der Treue zur angestammten Religion in weiten Volksteilen neuerdings vor Augen geführt hat, begrüße ich es als katholischer Priester aufrichtig, wenn die Aguda Israel, diese Organisation des rein religiös orientierten Teiles der Judentum, sich ihrerseits mit Ueberzeugungstreue für diese ewigen Ideen einsetzt. Ich danke Ihnen auch für die freundlichen Worte, die Sie in Ihrer Einladung für das Sanierungswerk Oesterreichs fanden. dessen Regierung sich bewusst ist, den jüdischen Bürgern ihres Landes die von der Verfassung verbürgten Rechte stets gewahrt zu haben. Gern pflichte ich Ihren schönen Worten bei, daß das Beispiel Oesterreichs, das sich aus der Tiefe des Glombs schnell zur freudigen, hoffnungsvollen Betätigung seiner Kräfte emporrafft, Kraft und Trost für den Sieg jeder reinen Idee gibt.“

Auf diesen Brief hin hat Dr. Seipel sofort eine Einladung zur Frau Posal erhalten und der Bankerverband hat zehn „Mischeberachs“ für ihn bestellt. Fälligkeitstermin: Wahltag.

Spiebergelpräch.

Von Herbert.

In früheren Zeiten pflegte man sich eine lange und beschwerliche Reise damit zu verkürzen, daß man sich, genau wie die Bauernmädchen in den Spinnstuben, Beschieden erzählte. So „ntand eine ganz besondere Art von Reiseliteratur, die ungefähr mit des alten Engländers Chaucer Erzählungen auf der Wallfahrt nach Canterbury, den „Canterbury tales“ des vierzehnten Jahrhunderts, in gebundener Sprache anhebt, um in zwangloserer Gestalt, in der treuherzigen Prosa des sechzehnten Jahrhunderts, in Anekdotensammlungen, wie dem „Wegfänger“, vor allem aber in Jörg Wickrams vortrefflichem „Rollwagenbüchlein“ ihre deutsche Fortsetzung zu finden.

Wandmal, wenn man mit „Leuten aus dem Volk“ auf der Eisenbahn zusammen fährt, hat man das Vergnügen, Anekdoten, etwa aus der Militärzeit, aus dem Kriege, aus dem alltäglichen Arbeitskreise erzählen zu hören, zuweilen auch einmal dabei Schwänke, die an jene liebenswerten „Wegfänger“ des sechzehnten Jahrhunderts erinnern. Es stekt ja noch so ungeahnt viel Fabuliertalent im deutschen Volk. Wie glatt, wie inhaltslos dagegen sind die Unterhaltungen unserer Spiebergelaste.

Auf einer vierstündigen Eisenbahnfahrt nach Hamburg war ich dazu verurteilt, mir die Unterhaltung eines Ehepaares und einer ihm bekannten Dame aus demselben Ort, Weimar, mit anzuhören. Der Gatte betätigte sich nur wenig, weil er von seiner besseren Hälfte kaum zugelassen wurde. Seine Meinungen brachte diese als Vorwand mit der Einleitung: „Mein Mann sagt“ oder „Mein Mann findet“ zum Ausdruck.

Das erste Thema war das weiblichste: Heiraten. „Wie die kleine Müller einen Ausländer hat nehmen können, verheiräte ich nicht. Die Eltern sollen so was nicht leiden. So ein Mensch bleibt einem doch immer fremd. Man weiß nie so recht, mit wem man es zu tun hat.“ Allgemeine Zustimmung.

Neues Thema: Literatur. „Unser Hermann sagt, was ein Frauenzimmer schreibt, das möchte er nicht lesen. So'n Bengel!“ — „Aber das kann man doch nicht allgemein behaupten. Da gibt's doch welche, die läsen sich sehr schön. Was die alles erlät und gefah'n haben miß'n. Da ist zum Beispiel der große Roman „Ein Lebensschicksal“ von der Courths-Mahler, das ist ihre eichene Lebensgeschichte. Zu scheen — ich muß mir's doch wieder amal befor'n.“ Bewunderndes Kopfnicken allerseits.

Lieblingsbeschäftigungen: „Wir ha'm ä Gramophon ze Hause, das is mei Mann sei Stedenpferd. (Das glücklich gewählte Bild erregt durchaus keine Heiterkeit.) . . . Caruso-Platten . . . Ein Lied, das hab' ich so gern: „An deinem Herzen möcht' ich ruh'n“, auf der anderen Seite: „Grüß mir das blonde Kind am Rhein“. Nun, dacht' ich, wäre die „Ruhrschaude“ fällig, aber das Unheil wurde abgewendet. Die Freundin sprach von Kriegsplatten: „Ach, Hindenburg, ach Hindenburg, wann ziehst du durch die Linden durch?“

Ein schmerzlich stöhnender Seufzer von seiten der Courths-Mahler-Bewunderin: „Ach ja, das hat nicht kommen dürfen!“ — Der Gatte: „Zwerhaupt, daß wir kein Militär mehr ham. Das hatte uns ercht zu rechten Menschen gemacht.“ Die Gattin berichtigend: „Du hast gut reden. Wer selber nicht gedient hat!“ Die Freundin (durch diese Wendung ermutigt): „Da war längst nicht alles, wie es hätte sein sollen. Ein Sohn von unsern Bekannten hatte einen Ausbildungsunteroffizier, der jagte seine Korporalschaft in kalten Winternächten heraus und ließ sie in Unterhosen und Pantoffeln um die Parade Laufschritt machen. Der hat jach dabei den Tod geholt.“

Nun wird's mulmich, denk ich. Aber weit gefehlt! Ein pietätvolles Kopfschütteln, und der Fall ist erledigt. „Die Bayern, die haben's geschafft! Da trauen sich die Franzosen nicht hin. Die würden sich wundern.“ Alle Blide leuchten. Der Herr ist aber höchstens Deutsche Volkspartei. Denn sonst wäre sicher noch auf die Juden geschimpft worden. So aber ergoß sich der Strudel der Unterhaltung, indem man sich Hamburg näherte, in das tiefe Bett der Fressalien. Das Lob der Kalsuppe, der fetten Würste und des echten „Schwarzjauer“ erlangt in rauschenden Afforden. Das war ja nun freilich weit begeisternder als alle blonden Kinder am Rhein, nebst allen Wünschen „am Herzen auszuruhen“, ja selbst „Hindenburg“ durch die Linden durch!

So also schlägt der Spießer von 1923 vier Stunden Reife tot, mit dem Lob auf die Gramophonplatte, auf die Courths-Mahler, auf die Erziehung durch den Kommissstiefel und auf das Schwarzjauer!

Wag der Dollar auf vier Millionen klittern — noch gibt es ja Courths-Mahler mit Gramophonplatten und Schwarzjauer!

Ehrung des Andenkens Bebel's durch die deutschböhmische Arbeiterchaft. Im Tepitzer Kreisgebiet fanden in den vergangenen Tagen drei Bebelfeiern statt. Ueberaus stark besucht war die Feier, die Montag abends im Gasthause Zur Morgensonne in Weiskirchitz stattfand. Sonntag vormittags feierten die Arbeiter Graupens den zehnten Todestag Bebel's. Bei beiden Feiern schilderte Genosse Dr. Stern den Werdegang des großen Menschen, der es vom

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Unteroffizierssohn zum Drechslergehilfen und dann zum Erweber und Führer des deutschen Proletariats brachte. Mit der Aufforderung, als Sozialisten nach dem Vorbild Bebels zu leben und zu kämpfen, schloß Genosse Stern seine mit Begeisterung aufgenommenen Reden. In Wilin versammelte Samstag abends eine Bebel-Gedächtnisfeier sehr viele Genossen und Genossinnen. Musikvorträge der Jugendkapelle und Gesangsvorträge des Arbeitergesangvereines Kostenblatt leiteten die Feier ein und beschloßen sie. Die Gedächtnisrede hielt Genosse Hofbauer.

Gemälde eines Pfaffen. Aus Andorf in Mähren wird dem „Ceste Slovo“ berichtet: Der Doktor der Theologie und Pfarrer Fr. Tomastik in Andorf ließ für die Angehörigen anderer Religionen und für Konfessionslose einen Raum einrichten, wie es sonst nur für Kälber zu geschehen pflegt. Die fortschrittliche Bevölkerung, die eine solche Einleitung nicht wünschte, gab in einer Beschwerde in der Pfarre und bei der politischen Behörde ihren Unwillen Ausdruck. Der Pfarrer mußte die Einriedung wieder entfernen.

Ein christlichsozialer Nationalratskandidat als Gauner und Betrüger verhaftet. In Wien ist der Präsident des allgemeinen Staatspensionsvereines Josef Mlcoch, der von der christlichsozialen Partei bei den letzten Nationalratswahlen als Kandidat aufgestellt wurde, verhaftet worden. Gegen die Geschäftsführung des Mlcoch haben sich seit Jahren schon schwere Vorwürfe aus der Mitte der Mitglieder des Vereines erhoben. Die seit mehreren Monaten von der Polizei geführten Erhebungen haben nun so schwere Verdachtsmomente ergeben, daß Mlcoch dieser Lage verhaftet wurde. Mlcoch verstand es, dem Verein einerseits auf die Weise Geld herauszuloden, daß er sich in Form von Spenden, Repräsentations- und sonstigen Verrechnungen ungläublich hohe Summen anweisen ließ. Andererseits hat Mlcoch bei einem Grundstückverkauf des Vereines dadurch auf betrügerische Weise große Summen gewonnen, daß er die Käufer bestimmte, niedrigere Summen als den Kaufpreis bei der Behörde anzugeben, den er tatsächlich erhielt. Als dann die Behörden diese Manipulationen untersuchten, verhaftete Mlcoch, die Käufer zu bewegen, bei Gericht falsche Aussagen zu machen, da es ihn sonst die Stelle als Präsident des Vereines kosten würde. „Wenn die Zeugen“ die Wahrheit reden, Mlcoch hat dann weiter bei einem Hauskauf durch ein Scheinmanöver eine große Summe verdient. Unter seinen Verrechnungen finden sich Beträge für Ausgaben, die nicht durch Belege gedeckt sind. Ferner werden gegen Mlcoch Beschuldigungen wegen der Führung der Sterbeliste, des Pensionsvereines erhoben. Die Untersuchung gegen Mlcoch ist bis jetzt nicht abgeschlossen. Tatsache ist aber, daß bereits so schwere Vergehen Mlcochs aufgedeckt wurden, daß diese allein schon hinreichen, ihn vor den Richter zu bringen.

1000 Tote als Opfer einer Hochflut. Aus Südkorea (Ostasien) wird vom 16. August gemeldet: Eine tödlich hereingebrochene Hochflut zerstörte gegen 100 Häuser. Die Zahl der Toten beträgt etwa 1000.

Der dritte Internationale Kongreß für die Bekämpfung des Auswases hat seine Arbeiten in Straßburg i. E. abgeschlossen. Es wurde festgestellt, daß die Zahl der wirklich Auswässigen drei einhalb Millionen beträgt; die meisten in Indien und überhaupt in Asien, ein Teil aber auch in Spanien, sowie auf dem griechischen Archipel. Es wurde festgestellt, daß ein Serum besteht, das die endgültige Heilung des Auswases gestatte. Das Serum nennt sich „132 Pomarel“.

Von der größten Mauer der Welt. Die berühmte chinesische Mauer wird abgetragen; ihre

Ziegel und Steine sollen zu Bauzwecken Verwendung finden. Es wird aber noch eine lange Zeit vertrocknen, bevor dieses ungeheure Bauwerk ganz verschwunden ist, das die größte Mauer darstellt, die jemals errichtet wurde. Astronomen haben behauptet, daß die chinesische Mauer das einzige Werk von Menschenhand sei, das man mit dem bloßen Auge vom Mond aus würde sehen können. Mit ihren verschiedenen Windungen ist sie weit länger als 3000 Kilometer; sie ist an den untersten Stellen 25 Fuß und oben 15 Fuß dick. Die Höhe der Mauer schwankt zwischen 15 und 30 Fuß. Sie war ursprünglich mit mehr als 20.000 Wachtürmen ausgestattet. Die chinesische Mauer soll mehr Steine enthalten, als sämtliche Bauten des vereinigten englischen Königreiches. Dabei wird behauptet, daß diese gewaltige Umwallung, die verschiedene Gebirgsseiten überschreitet, in fünfzehn Jahren erbaut worden sei. Die Chroniken melden, daß der chinesische Kaiser Huang Ti sie etwa zweihundert Jahre vor Christi baute, um den Einfall wilder Stämme von Norden her zu verhindern. 300.000 Krieger und Verbrecher des Landes wurden bei der Arbeit beschäftigt.

Italien hat 1556 faschistische Gemeinden. Aus Rom wird gemeldet: Nach Informationen aus dem Ministerium des Innern werden gegenwärtig 1556 Gemeinden des durchwegs faschistischen Gemeinderäten verwaltet. Außerdem ist der Faschismus in 1785 weiteren Gemeinderäten vertreten. — Für das „Reich Mussolinis“ ist das eigentlich nicht viel!

Beschlagnahme von jugoslawischen Waffen. Die italienischen Behörden haben in Triest die aus einer Million Gewehren, 3000 Maschinen-gewehren und 23 Gebirgsbatterien bestehende Ladung des Dampfers „Vulcano“ beschlagnahmt. Das gesamte Material stammt aus der Liquidierung der italienischen Kriegsvorräte und ist von den Erstherrn nach Jugoslawien weiterverkauft worden.

England hat Geld für die Volksschule. Das Vereinigte Königreich gibt für das öffentliche Unterrichtswesen mehr Geld aus, als für Heer und Marine. In der Tat stellt sich unbeschadet der Spar-samkeit, der man sich an allen Regierungsstellen befließigt, der Gesamthaushalt für den öffentlichen Unterricht im laufenden Jahr auf 87 Millionen Pfund Sterling, das heißt, es ist um 25 Millionen höher als der Etat für das Heer und um 24 Millionen höher als der der Marine. Seit 1914 haben sich die Gehälter der Lehrer verdoppelt, in einigen Fällen sogar verdreifacht, eine Steigerung, die allerdings in letzter Zeit bei den Kommunalverwaltungen die Rechnung begünstigt, die Lehrergeschälter zu vergrößern. Diese Absicht hat in Lehrerkreisen große Erbitterung hervorgerufen und gelegentlich bereits zu Teilstreiks der Lehrer geführt.

Ein neuartiger Brückenbau. Der Stadtpark der amerikanischen Stadt Detroit, der auf Belle Isle im Fluße liegt, ist mit der Stadt durch eine Brücke von 60 Meter Länge verbunden worden, die Spannungen von 22 bis 40 Meter aufweist. Der Aufbau der Strompfeiler bis über der Wasserhöhe erfolgte in der gewöhnlichen Weise. Bei der Errichtung der Brücke selbst ging man aber, wie in der „Limeshan“ berichtet wird, ganz neuartige Wege. Es wurde nicht Joch für Joch an Ort und Stelle gebaut, sondern es wurden als Einheit in der Nähe des Ufers ein Pfeilerträger und zwei Halbbögen zusammengesetzt. Es fuhr dann unter die Halbbögen zwei Prähme, deren Liegung vorher dadurch vermindert wurde, daß man Wasser in ihren Raum einströmen ließ. Sobald die Prähme direkt unter den Halbbögen lagen, wurde das Wasser ausge-pumpt, die Prähme hoben sich und trugen schließlich das Brückenglied. Nun wurden sie an den zugehörigen Pfeiler im Fluß geschleppt. Sobald der Eisen-pfeiler richtig über dem Betonfundament stand, ließ man wieder Wasser in den Raum der Prähme einströmen; diese senkten sich und die Verbindung zwischen Brückenglied und Betonpfeiler wurde herge-

stellt. Auf diese Weise beförderten die Prähme Lasten von 100 bis 230 Tonnen. Die Arbeit ging dadurch sehr rasch voran; durchschnittlich konnten in zehn Tagen immer zwei Einheiten am Ufer gebaut, abgeschleppt und an Ort und Stelle vereinigt werden.

Beneidenswerte Hunderte. Graz ist die tierfreundliche Stadt Österreichs. Die Tierfreundlichkeit der Grazer, die nicht selten in Humanitätshäuser ausartet, hat auch für einen Hundefriedhof gesorgt, der zufälligerweise gar nicht weit vom Zentralfriedhof entfernt ist. Eine Tafel besagt, daß der Besuch nur 6 Uhr abends gestattet sei, ein Beweisen, daß mehr oder minder tieferende Hinter-blicke ihre unübergebliebenen Ami oder Hederl öfter Besuche abwarten. Wer aber jetzt noch immer zweifelt, ob es eine solche Karreterie wirklich geben kann, der wird bekehrt, wenn er den Garten betreten hat. Da sind entlang des Zaunes vielleicht ein halbes Hundert Grabhügel von der Größe eines Kindergrabes, die einen verwahrloßt, die anderen aber gepflegt und geschmückt wie in einem Friedhofe für Menschen. Viele Gräber tragen Tafeln mit dem Namen und Todestag des Hundes, einige auch Bild und Stammbaum sowie allerlei liebevolle Rossette. Da liegt man gleich beim Eingang: „Ami 1919“, dessen Grab mit Blumen geschmückt ist. — Dann: „Flora, 18. Oktober 1919.“ — „Unser Liebling Dexi, 22. April 1919.“ — „Unser lieber Flokerl, 15. Juli 1923.“ Dieses Grab trägt sogar zwei Rosettenhäuschen. — Auf einer Marmortafel liegt man: „Unser treuer Stis, 5. September 1921.“ — Gar merkwürdig lautet: „Hier ruht unser Pugi.“ — Weiter: „Mein treuer Liebling Polly“ und „Mein Bubi“, die schon auf gar sonderbare Gefühle schließen lassen. Ein Flok hat als Andenken einen Granitstein mit einer französischen Inschrift, ein anderer wird als „mein treuer Freund und Beschützer“ betrauert und ist im Bilde verewigt. „Mein unbergelicher Blick“ hat blühende Belar-gonien und einen frischen Blumenstrauß. Dann sieht man noch drei oder vier Marmortafeln für „Unsern lieben, guten, unbergelichen Blondi“ und für „Meinen lieben, guten Hifi“ usw. Der Gipfelpunkt der Hundeberehrung ist aber ein Kunststein mit Marmortafel, wo die Inschrift zu lesen ist: „Mein Liebling Danst unbergelich unersehllich.“ Dieses Grab hat eine Steinumfassung, ist mit Ries umrahmt und mit herrlichen Blumen besetzt. Aber es kommt noch kurioser. Vor einigen Tagen brachte eine Frau in halbverrückter Hundetrauer gar ein — Kreuz mit. Doch ließ der Verwalter diesen Unzug nicht zu. Der obere Balken des Kreuzes wurde abgeschnitten. Diese Einfälle sind nicht vereinzelt. Denn man sieht mehrere Grabzeichen, denen zur Kreuzform nicht viel fehlt. — Das Schicksal dieser Hunde ist wirklich beneidenswert. Denn man kann sich vorstellen, wie gut es die Hunde bei Lebzeiten gehabt haben, wenn nachher so gut für sie gesorgt ist.

Falsche Zwanziglotennoten. Die in Görkau wohnhafte Lokomotivführergattin Theresia Riedl wurde dieser Tage in Brüg bei der Ausgabe von falschen Zwanziglotennoten verhaftet. Bei einer Ver-heerung wurde bei ihr ein ganzes Päckchen falscher Noten vorgefunden. Sie gab an, dieselben von einem unbekanntem 30- bis 35jährigen Manne erhalten zu haben. Die Noten sind etwas blasser als die echten; an der linken Seite fehlt neben der Bezeichnung der Serienbuchstaben S. U. die Seriennummer. Auch haben sie keine Wasserzeichen.

Eine Semmel — zehn Heller? Das „Provo Vidu“ weiß zu berichten: Im Hinblick darauf, daß im In- und Auslande eine gute Ernte zu verzeichnen ist und sich infolgedessen eine Verbilligung der Getreide- und Mehlpreise ergibt, wird sich die Regierung, beziehungsweise das zuständige Ministerium, mit den jüngst festgesetzten Preisen für Semmeln und Gebäck nicht zufrieden geben. Die Regierung hat infolge der oben angeführten Umstände eine neue Enquete einberufen, die den Zweck hat, eine neuer-

liche Verbilligung des Gebäckes herbeizuführen. Diese Enquete wird schon in den nächsten Tagen einberufen werden. Das Versorgungsministerium wird in dieser Enquete den Preis für Semmeln im Einzelverkauf mit 10 und 20 Heller festsetzen.

Drei Arbeiter durch Startstrom getötet. Mittwoch vormittag sind in den zwei Stockwerke unter der Erdoberfläche gelegenen Kellerräumen des Gast-hauses Dopfner im Trattnerhof in Wien Renovierungsarbeiten an der an der Decke des Kellers verlaufenden Nöhrentkanalage vorgenommen worden. Die Arbeiter hatten bereits die Nöhre der alten Anlage an der Decke, an der auch eine Startstromleitung des Lichtabzuges verlief, bloßgelegt und wollten nun die Nöhre aus der Decke heraus-reißen. Die Arbeiter Seinz, Lang und Kramer hielten die Nöhre an dem einen Ende, um sie dann loszulösen, während sich der Arbeiter Schlof-fer, der ganz zufällig mit den Füßen auf einem dicken Holzbrett stand, gebückt hatte, um die Nöhre beim Ziehen aufzubalten. Mit einem Ruck zogen die drei Leute an, sie hatten auch die Nöhre fast aus den Deckenöffnungen herausgezogen, als Schlof-fer sah, daß alle drei leblos zusammen-sanken. Er eilte in gebückter Stellung, ohne die Nöhre zu berühren, zu dem Ausgang und von hier ins Freie und verständigte sofort die Wache. Es kamen bald die Rettungsgesellschaft und die Feuer-wehr. Die drei Arbeiter konnten jedoch nurmehr als Leichen geborgen werden. Sie waren durch Startstrom getötet worden. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Luftmord. Die neunjährige Rosa Martin aus Policka war zu einer bekannten Familie gegen-über, wo die Kinder zu spielen pflegten. Als sie nicht zurückkehrte, glaubten die Eltern des Mädchens, man habe sie über Nacht gehalten. Es stellte sich aber heraus, daß das Kind von dort weggegangen war; nun wurde die Anzeige an die Gendarmerie erstattet. Die Nachforschungen ergaben, daß das arme Mäd-chen das Opfer eines bestialischen Luftmordes gewor-den ist. Ein Dienarbeiter der dortigen Munitions-fabrik, ein notorischer Säufer, hatte sich dem Mäd-chen beim Nachhausewege angegeschlossen. Beim Ber-höre behauptete er, sie sei ihm beim Leiche plötzlich von der Seite verschwunden, aber am Tage darauf fand man die Leiche des Mädchens im Getreide auf dem Felde und die Gerichtscommission stellte fest, daß das Kind vergewaltigt worden war, nachdem es mit dem Wüstling einen harten Kampf bestanden hatte, dessen Spuren sichtbar waren. Der Tat verdächtige Wüstling wurde vor die Leiche geführt; er leugnete hartnäckig, die Tat begangen zu haben.

Witterungsübersicht am 15. August. Eine baro-metrische Teildepression hat sich am Mittwoch wäh-rend ihres Durchzuges durch das Binnenland um rund zehn Millimeter vertieft. Bis zu dem Zeit-punkt, wo die Luftdruckabnahme in eine Zunahme überging, dauerte im ganzen heiteres und sommer-lich schwüles Wetter bei schwachem Südostwind an; die Temperatur erreichte 28 bis 30 Grad Celsius, in Prag, Rilovic und Budweis 31 Grad Celsius. Der Störungszug entlang entwickelt sich eine Front von Zugewittern, die am Abend Böhmen, in der Nacht Mähren erreichte. Südwesten und die Nord-westschlowakei wurden beim Vorbeigang des Tiefdruckes nur von Niederschlägen ohne Gewitter betroffen. Die Regenfälle waren nur mäßig stark und fast durchwegs geringer als zehn Millimeter, die Größt-mengen meldet Trautenau mit zehn, Pteron mit neun Millimeter. Donnerstag früh lag der Tief-druck über Schweden, mit einer Teildepression — als Rest der binnenländischen Störung vom Vor-tag — über Polen, der Slowakei und Ungarn. Über den Westen Europas bis zum böhmisch-mährischen Hügel land hat sich eine erhebliche Ab-schwächung ausgebreitet. Ein Rest des ozeanischen Hochdruckes (770 Millimeter) dringt noch den an-sänglichen raschen Barometerrückgang nur langsam ostwärts vor. — Wahrcheinliches Wetter am 17. August: Veränderlich, relativ kühl, mäßiger Nordwestwind.

(Nachdruck verboten.)

Die Glücksbude.

Erzählung von Ernst Fezzang.

Frau Trude spürte eine bange Ahnung. Einen Augenblick überlegte sie. Hier spannen sich Dinge an, deren Ausgang niemand vorhersehen konnte. Auf alle Fälle war es gut, den Wagen in Sicherheit zu bringen.

„Wir fahren! Spann' den Schimmel ein, Jeremi!“

Sie sagte dem Lebtuchenhändler Bescheid; falls ihr Mann sich einstellen sollte, würde er sie oben auf der Chaussee, an der Waldlichtung finden.

Dann entfernte sich der Wagen von den Buden.

Von den Buden, durch die der Bericht des langen Friedrich lief, Jörnig wiederholte es einer dem anderen: „Fahrende Lumpen“, „Hungriges Volk“, „Diebsbagasche“. Mit finsternen Mienen, in rauhem Tone, mit höhnlichem Lachen sprach man es nach. Widerwillig, kurz wurden die Kunden bedient.

Jeremi führte den Wagen zur Lichtung, ganz von heißer, Gedanken in Anspruch genom-men. Es verdross ihn, daß der „Dümel Friedrich“ sich einen Ruhm holen wollte, den er selber zu erobern gedacht hatte. Der Vater sollte von lei-chem anderen als seinem Sohn befreit werden! Der Knabe schwankte, ob er seine Mutter ins Vertrauen ziehen sollte. Aber seine Empfindung sagte ihm, daß sie ihn nicht in ein Unternehmen gehen lassen werde, dessen Ausgang doch recht zweifelhaft war.

Es wurde dunkel. Den letzten rosigten Him-melstreifen verabschiedete im Westen die Dämme-rung. Blauschwarz lag der östliche Himmel. Sterne schimmerten auf und sandten schmale zit-ternde Lichtfäden durch das Laub der Bäume.

Schweigend saßen Mutter und Sohn auf der Trittleiter des Wagens; sie in der bängigen, un-glückahnenden Ungewißheit; er in der zitternden Erwartung der Stunde, die ihm die Frau des Gemeindevorstehers angedeutet. In seiner erhiteten Phantasie rollten sich von neuem die Ereignisse des Tages ab, vergrößert, verschärft in dieser Stille und dem Dunkel des Waldes.

„Er hatte gauliche Augen, Mutter!“

„Wer?“

„Der Ortsvorsteher. Wie ein Panther.“

„Den! nicht mehr daran.“

„Ich sehe sie aber immerzu.“

Sie erhob sich: „Es wußt eine Quelle hier in der Nähe sein. Du könntest die Wassertonne fül-len.“

Aus einer Hügelwand, die die Lichtung be-grenzte, plätscherte leise ein dünner Strahl. Je-remi füllte die Eimer und reichte sie seiner Mut-ter. Sie entleerte sie in die Wassertonne, welche der Wagen ständig mit sich führte.

Die kleine Wanduhr tat einen hellen klingen-den Schlag.

„Wie spät ist es, Mutter?“

„Dah' zehn.“

„Ich gehe einmal ins Dorf hinunter.“

„Was?“

„Nachsehen, wie es dort ist.“

„Du bleibst.“

„Mutter!“ Er sagte es bittern.

Sie antwortete nicht; bereitete die Betten im Innern des Wagens, wie sie es allabendlich tat. Dann trat sie hinaus: „Jeremi!“

Keine Antwort.

Jeremi!

Nichts rührte sich in der Nähe. Auf der Straße zogen ein paar Armeesoldaten, wild durcheinander grölend, nach Hause. Vom Dorfe klangen abgerissene Töne einer Tanzmusik heraus, ein Schuß knallte, eine Rakete stieg empor. Dann glaubte sie das unterdrückte Klichern eines Mäd-chens und heimliches Liebesgeflüster zu verneh-men. Wieder wurde es still, ganz still. Sie sah auf der Trittleiter und lauschte hinaus: „Jeremi!“ Er meldete sich nicht.

Er ging, wohl wissend, daß ihm Zeit genug zur Verfügung stand, langsam und vorsichtig die Straße zum Dorf hinunter, allen in großem Bo-gen ausweichend, die ihm lachend, sprechend oder singend entgegenkamen. Er hätte die Budenstraße gern vermieiden, aber es war gefährlich, hinter den Häusern hinzuschleichen; sie waren von Hundebowacht, die jeden fremden Schritt laut kläffend meldeten. Auch konnte er die Wege nicht genau genug, um hoffen zu dürfen, in dem Dunkel recht-zeitig und sicher ans Ziel zu kommen.

Zu dem immer noch lebhaftesten Getriebe des Marktes achtete kaum ein Mensch auf ihn. Zu-weilen ein Jurus von Bekannten: „Meines Wie-sel, suchst wohl den Vater?“ Aber er hörte nicht darauf, ging ruhig weiter. Und die Rufenden selbst wurden gleich wieder abgelinkt von ihren Kunden, die sie zu bedienen hatten, oder von der gereizten Antwort eines Nachbarn: „Zucht-hausfrüchtchen. Gehört zu uns, zur Lumpenbagasche!“ Und zornige Wische flogen herüber und hinüber und blieben auf den Dorfbewohnern haften, die nie so unfreundlich von den Marktleuten behan-delt worden waren wie an diesem Abend.

Das Echo blieb nicht aus. Die Frauen mur-ten unter sich und sagten es den Männern. Die zogen mirrliche Mienen und warfen drohende Blicke in die Buden. Die Streichhähne hatten den

Gut noch schiefen auf dem Ohr als am Mittag; sie strichen mit süßnen, herausfordernden Blicken umher und waren zur Stelle, wo sich irgend ein heftiger Wortwechsel hören ließ. Diesen und jenen hatte der Alkohol zwar vor der Zeit ge-schmiedet, aber er hatte reichlichen Erfolg dafür auf die Beine gebracht: alle jene, die in nüchternem Zustande friedlich ihres Weges gehen, aber nach einigen Maß Bier mit den Fäusten auf den Tisch hämmern, eine zügellose Kampfeslust unter dem Gut und ein abgebrochenes Stuhlbein sofort zur Hand haben.

Ein eigenartiger, erwartungsvoller Ton lag in allem, was gesprochen wurde. Auf beiden Seiten. Eine unterdrückte Erregung, die durch gelegentlich hingeworfene Broden noch geschürt wurde, eine gereizte Stimmung garte in allen. Der Hohn ging um und mühsam verhaltene Wut.

Aber das schrille Geseier der Karussellorael tönte noch unaufhörlich durchs Dorf. Die Andrauser der Schaubuden luden mit heiseren Stimmen immer wieder zur allerletzten Vorstellung ein. Auch der Bär langte und brummte noch. Das Kasper-theater war von einer dichten Menge, meistens Erwachsenen, umlagert. Der Hanswurst machte gefährliche Späße. Unter anderem kopfte er eine Puppe mit den Worten: „Hast einen Apfel ge-stohlen, du Zucht-hausfrucht! Dein Leben muß hin! Schwapp, siehste, das haste davon! u an-dermal fröh Bohnen!“ Das wurde noch bejubelt. Dann aber fragte den Hanswurst eine Puppe: „Wer biste denn eigentlich, daß du so dämlich da-herreden kannst?“ „Ich bin der Gemeindevor-steher von Grevesberg! Du aber biste fahrende Lumpenbagasche und gehörst ins Spribenhaus!“ Hier mischte sich Murren in den Beifall, und das Lachen klang dünn. Man sah sich unsicher an: war das nun Hohn? Und wem galt er?

(Fortsetzung folgt.)

Prager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Gestern vormittags kam es in der Fagnerstraße in Prag VIII zu einem Zusammenstoß zwischen einem Fuhrwerk und der Elektrischen. Der Fahrer des Fuhrwerkes, der 24jährige Karl Fisek aus Prag-Weinberge, wurde mit der Deckel gegen den Motorwagen geschleudert und erlitt schwere innere Verletzungen. Er wurde ins Krankenhaus überführt werden. Beim Motorwagen wurde der Reflektor und bei einem Beiwagen drei Fenster zertrümmert.

Kleine Chronik.

London will sich nicht weiter vergrößern. Die britische Metropole hat es endgültig aufgegeben, sich weiter auszudehnen. Schließlich genügt es ja auch für den Ehrgeiz einer Stadt, wenn sie sich über eine Oberfläche von 117 Quadratmeilen ausdehnt. Das ist übrigens nur die dem Grafschaftsamt unterstehende Innenstadt; das Polizeigebiet von Groß-London umfaßt gar 692 Quadratmeilen. Das Areal der Stadt ist während des Jahrzehnte von 1911 bis 1921 unverändert geblieben, während in der Bevölkerung selbst Verschiebungen eingetreten sind. So hat der Zustrom aus der Provinz nach London, der vor dem Jahre 1901 ganz gewaltig war, nicht nur aufgehört, sondern er hat sich sogar in eine Abwanderung aus London nach der Provinz und dem Ausland gewandelt. Nach den Angaben, die Frank Hunt, der Delegierte des Londoner Bevölkerungswesens im Stadtrat, in seinem letzten Ausweis über das Jahr 1921 macht, erhob sich in der Delade von 1911 bis 1921 die Nettoquote, d. h. die Differenz zwischen Ein- und Auswanderung, auf 320.000 Köpfe. Sie betrug damit die Hälfte der natürlichen Bevölkerungszunahme Londons in der gleichen Periode. Diese natürliche Zunahme stellt sich auf 3,2 Prozent, eine verhältnismäßig niedrige Ziffer im Vergleich zu der, die der Bevölkerungszuwachs im übrigen England und Wales ausmacht, und der sich auf fünf Prozent berechnet. Im Jahre 1921 betrug die Gesamtbevölkerung Londons 7.480.201 Köpfe gegen 7.419.704 im Jahre 1911. Eine bemerkenswerte Erscheinung der Bevölkerungverschiebung stellt sich in der Abwanderung aus dem Zentrum Londons dar, eine Erscheinung, die sich ja auch in anderen Weltstädten, wie Berlin und New York, beobachten läßt. Der Strom der Bevölkerung wendet sich immer mehr vom Zentrum ab und richtet sein Ziel nach der Peripherie, nicht allein der besseren Luft und des helleren Lichtes wegen, sondern vor allem deshalb, weil im Innern der Wert der Grundstücke so gestiegen ist, daß man die kleinen Wohnhäuser niederreißt, um an ihrer Stelle eiträglichere Geschäftshäuser und Bureauhäuser zu bauen. Unter diesen Umständen erklärt es sich auch, daß die dauernd anfallende Bevölkerung der City, die im Jahre 1911 noch 16.657 Personen betrug, im Jahre 1921 bis auf 13.706 Seelen gesunken ist. Die vorübergehend anwesende Bevölkerung der City, die aus Geschäftsleuten besteht, welche morgens in die City kommen und am Abend nach ihren in der Peripherie gelegenen Häusern zurückkehren, beträgt dagegen noch immer rund 1 Million.

Absonderliche Verufe. Drei Viertel der Menschen rauchen aus Genuß; aber es gibt auch einige, die berufsmäßig qualmen, um für Geld und gute Worte Meeresschaumspigen kunstmäßig anzuräumen. In Paris zieht eine Dame von Haus zu Haus, um ihre Dienste als Abschmeckerin der Speisen für den Mittagstisch anzubieten, und da sie mit eigener Equipage vorzufahren pflegt, so darf man annehmen, daß auch dieser Beruf seinen Mann oder vielmehr seine Frau ernährt. Eine andere unterzieht sich des schändlichen Mammons wegen sogar der Pein, die neuen Schuhe, die der Besitzerin nicht recht passen wollen, auszureiten. Ebenfalls in Paris gibt es einen Mann namens Honore, der als Spezialist das Geschäft der „Enttätowierung“ betreibt, auf Grund eines Geheimverfahrens, das den Erfolg der Entfernung der Tätowierung von der Haut verbürgt. Für die Mitteilung seines Rezeptes wurden dem Mann kürzlich 40.000 Franks geboten, die er aber mit der Begründung ablehnte, daß dieser Preis angesichts der Gewinne, die ihm seine Praxis bringe, gar nicht in Frage kommen könne. Andere erfreuen sich in den großen Parfümeriefabriken als Duftprüfer gutbezahlter Stellen. Es ist das ein Beruf, der nicht jedem zugänglich ist, da er an die Feinfühligkeit der Nase ganz ungewöhnlich hohe Ansprüche stellt. Amerika endlich darf sich rühmen, auch die Schlafprofessoren erfunden zu haben, die die Schönen im Lande des Sternennonnens die Kunst lehren, beim Schlafen eine elegante Lage einzunehmen. Es fehlt wirklich nur noch der Professor, der die Snobs die Kunst des Sterbens in Schönheit lehrt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Frankreich beendet. Wie die offizielle Presse berichtet, wurden die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich dieser Tage abgeschlossen. Man wird also bald Gelegenheit haben, den feinen Vertrag, den uns da das verbündete Frankreich aufgezwungen hat und aus dem wir unseren Lesern kürzlich eine kleine Auslese boten, genau kennen zu lernen. Unsere produzierende Wirtschaft und die Arbeiterschaft hat, wie wir an einzelnen Beispielen sahen, von dem neuen Vertrage keine günstige Beeinflussung ihrer tristen Verhältnisse zu erwarten, umso froher darf das Parastament dieses Staates den Segnungen des Handelsabkommens entgegensehen, das allem, was ein Schieberhertz begehrt, die vollste Befriedigung sichert. —

Der neue Vertrag soll, da das Provisorium Ende August abläuft, am 1. September in Kraft treten. Die Gewerkschaftskommission Komotau hat sich an alle im Gebiete der Kreisgewerkschaftskommission befindlichen Bezirkskrankenkassen gewendet und verlangt, daß diejenigen Arbeitslosen, welche vor ihrer Arbeitslosigkeit Mitglieder der betreffenden Bezirkskrankenkasse waren, im Erkrankungsfall freie ärztliche Behandlung und unentgeltliche Beistellung von Medikamenten gewährt wird. Die Bezirkskrankenkassen in Komotau, Görlitz, Saaden, Postelberg, Saaz, Podersam und Weipert haben in anerkennenswerter Weise diesen Ansuchen Rechnung getragen, so daß sich Arbeitslose im Falle ihrer Erkrankung nur bei der zuständigen Bezirkskrankenkasse zu melden haben.

Die Ruhebezüge der Bergarbeiter. Einer Abordnung der Bergarbeiter-Ruhebeständler gegenüber erklärte Minister Erba, daß die Durchführungsvorordnung zum Gesetze über die Regelung der Ruhebezüge von ihm bereits unterfertigt sei und das Gesetz noch in diesem Halbjahre mit rückwirkender Geltung in Kraft treten werde, so daß die Differenz eingerechnet und ausgezahlt werden wird.

Entlassung von nordböhmischen Bergarbeitern in Deutschland. Anfang dieser Woche sind in den Niederlausitzer Kohlengruben umfangreiche Arbeiterentlassungen vorgenommen worden, und zwar darum, weil die Werke elektrische Anlagen geschaffen haben, die Tausende von Arbeitern ersetzen. In erster Reihe sind ausländische Arbeiter entlassen worden, darunter zahlreiche nordböhmische Kohlenarbeiter, die schon seit langem im Niederlausitzer Kohlenrevier ihrer Arbeit nachgehen. Die Entlassungen erfolgten in Preußen. In Sachsen sind Entlassungen böhmischer Arbeiter in den Grenzorten regierungsseitig verboten. In letzter Zeit sind bereits verfügte Entlassungen sogar wieder rückgängig gemacht worden.

Der deutsche Reichsindex. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach der Berechnung des Statistischen Amtes für den 13. August auf 436,935 der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (440,537) beträgt somit 19,2 von 100.

Die deutsch-russischen Verhandlungen. In einer Unterredung erklärte der Leiter der Berliner Sowjethandelsvertretung Stomoniakow, daß sich die deutsch-russischen Verhandlungen über den Abschluß einer Konsularkonvention einem für beide Parteien befriedigenden Abschluß nähern; der wichtigste Teil der Verhandlungen, und zwar über den eigentlichen Handelsvertrag, werde demnächst in Moskau beginnen. Auch die Verhandlungen mit deutschen Firmen über den Erwerb neuer Konzessionen in Rußland hätten in letzter Zeit entscheidende Fortschritte aufzuweisen, doch werde der Abschluß von Verträgen durch die Vorliebe der deutschen Geschäftskreise für Handels- und nicht für Produktionskonzessionen verzögert. Die K r u p p - A. - G. arbeite mit großer Intensität an ihrer landwirtschaftlichen Konzession im Dongebiet; es würden Wohnvillen gebaut und in Noworossisk sei ein Dampfer mit Maschinen für die Konzessionäre eingelassen. Im Herbst würden in Zentralrußland die Arbeiten der S t i n e s - Gesellschaft beginnen, die eine bedeutende Konzession für intensive Landwirtschaft erhalten habe. Ueber weitere landwirtschaftliche Konzessionsverträge werde gegenwärtig verhandelt und es sei zu erwarten, daß dadurch eine Vermehrung der Anbaufläche in Rußland erzielt werden könne. Der Getreideverkauf nach dem Auslande habe bisher etwa 1 Million Tonnen betragen, von denen etwa zwei Drittel bereits ausgeführt seien; von den nach Deutschland Anfang Juni verkauften 20 Millionen Pud seien nahezu 4 Millionen Pud bereits unterwegs nach deutschen Häfen.

Der Wert der deutschen Eisenbahnen. Die deutschen Eisenbahnen spielen bei den Garantien, die die Alliierten für die Reparationszahlungen verlangen, eine Rolle, und deshalb ist ihr Wert kürzlich in der englischen Zeitschrift „F a i r l a y“ untersucht worden. Der Ueberschuß der deutschen Eisenbahnen betrug 1913 1,6 Milliarden Goldmark; dagegen war 1922 nach den Angaben des englischen Blattes ein Zuschuß von zwei Billionen Mark erforderlich. Der augenblickliche Wert der Eisenbahnen wird auf 30 Milliarden Goldmark geschätzt, und es wird die Annahme ausgesprochen, daß bei einer Stabilisierung der Mark und bei einer vernünftigen Lösung des Reparationsproblems es in einigen Jahren den deutschen Eisenbahnen möglich sein werde, einen Ueberschuß von etwa 500 Millionen Goldmark zu erzielen.

Vor einem Streit im polnischen Kohlenbergbau. Im Dombrower Kohlenrevier ist unter der Bergarbeiterschaft eine neuerliche Streitbewegung bemerkbar. Die Bergarbeiter haben beschlossen, die geltenden Lohnverträge zu kündigen. Im Revier herrscht empfindlicher Lebensmittelmangel, so daß sogar die Gefahr von Hungerunruhen droht.

Die Arbeiterbanken in den Vereinigten Staaten. Vor kurzem wurde in New York die Arbeiterbank der Vereinigten Bekleidungsarbeiter Amerikas eröffnet. Das Grundkapital beläuft sich auf 300.000 Dollars. Die Dividenden werden auf 10 Prozent begrenzt. Alle Gewinne, die über diesen Prozentsatz hinaus gemacht werden, müssen unter die Besitzer von Spareinlagen verteilt werden. Um die Geschäftsführung im Interesse der Teilhaber zu gestalten, sind die Anteilscheine zum größten Teil in den Händen der Bekleidungsarbeiter, die den größten Teil der Kundenschaft der Bank bilden. Kein Mitglied, mit Ausnahme der Direktoren, darf mehr als drei Aktien besitzen. Auf ein Mitglied entfallen durchschnittlich zwei Aktien. Direktoren sind laut Statuten verpflichtet, zehn Aktien zu übernehmen. Die Bank wird für ihre Kunden speziell folgende Geschäfte be-

forgen: 1. Geldwechsel. Besondere Berücksichtigung werden Arbeiter finden, die Geld an ihre Angehörigen oder ihre Familien in fremden Ländern senden wollen. — 2. Beforgung von Fahrzeugen für Dampfschiffe usw. für Arbeiter, die sich nach den Vereinigten Staaten oder nach anderen Ländern begeben wollen. — 3. Reisefchecks und Kreditbriefe. — 4. Anleihen an Einzelpersonen und Organisationen auf Grund persönlicher Sicherstellung. — 5. Kapitalanlage. — 6. Informationen über Einkommensteuer. — Am Tage der Eröffnung wurden 225.000 Dollars an Depositen einbezahlt. Man meldet auch die Eröffnung zweier anderer Arbeiterbanken in New York, der Federation Bank (Kapital und Reserven 500.000 Dollars), an der vor allem der Amerikanische Gewerkschaftsbund interessiert ist, und der Bank des Internationalen Verbandes der Damenschneider.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:
Für die Schw. Frank 16.15/00
Berlin Mark 81000/00
Wien österr. Kr. 2080/00

Prager Kurze am 16. August.

Table with 3 columns: Currency, Gold, Ware. Includes entries for 100 holl. Gulden, 10.000 Mark, 100 belg. Franks, etc.

Züricher Schlusskurze am 16. August.

Table with 3 columns: City, Gold, Ware. Includes entries for Paris, London, Berlin, etc.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Brüx. Bei der am letzten Sonntag abgehaltenen Bezirkskonferenz waren 22 Delegierte vertreten. Aus den Berichten war zu ersehen, daß im Bezirke eine rege Versammlungsaktivität entfaltet wurde und daß zwei nach der Spaltung verloren gegangene Volksorganisationen wieder gegründet werden konnten. Auch in der Bildungsarbeit wurde im Bezirke ein tüchtiger Schritt vorwärts getan. In der Debatte sprach unter anderem Genosse Hofbauer-Teplitz, der für den Kreis erschienen war. Bei den Neuwahlen wurde Genosse Wilhelm Benzl zum Bezirksvertrauensmann gewählt. Zum Schlusse wurde noch ein Antrag auf Anstellung eines Bezirkssekretärs einstimmig angenommen.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag. 10. August. Sonntag. Ganztag: Celatowitz-Toussim und längs der Iser. Baden. Zus. halb 7 Uhr Denis. Führer: Schmidt Lub. Nachzügler Abf. 8.30 Denis. treffen uns beim Kararner Wasserwerk.

Turnen und Sport.

Olympische Spiele 1925 in Frankfurt a. M. Der internationale Arbeitersport rüstet zu einem großen Wettkampf, der im Jahre 1925 stattfinden soll. Die Anregung dazu gab das diesjährige Leipziger Turnfest, an dem bereits mehrere tausend Ausländer teilnahmen, die durch ihre sportlichen Darbietungen das Gefühl der internationalen Zusammen-

Wetterberichte

Table with 6 columns: Date, Wind direction, Temperature, etc. Title: Wetterberichte der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Söhnenstationen (Luftdruck nicht reduziert):
Sonnenberg 840 m 087 8 NNW, bed. 8 14
Ancehloppa 1810 m 084 3 NW, Nebel 8 14
Luglitz 2000 m 033 2 WNW, Regen 5 -

gebürgelt stark befruchteter. Eine nach dem Turnfest stattgefundene Konferenz des Internationalen Bureau der Arbeitersportverbände faßte dann den Beschluß, im Jahre 1925 die Arbeitersportler aller Länder zu „Olympischen Spielen“ zusammenzurufen, die im Valais wegen in Deutschland, und zwar in Frankfurt a. M., stattfinden sollen. Das Internationale Bureau veröffentlicht soden den Programm entwarf, dem wir folgendes entnehmen: Jedes Land kann sechs Mann für jeden Einzelkampf und eine Mannschaft für jeden Mannschaftskampft stellen. An sportlichen Wettkämpfen sind vorgesehen:

- 1. Leichtathletik. Einzelkämpfe: 100-, 200-, 400-, 800-, 1000-, 5000-, 10.000-Meter-Lauf, Einzel-, Mannschafts- und Halb-Marathonlauf, 21 Kilometerlauf auf der Straße, 10.000-Meter-Behen (?), außerdem Wettlauf, Hochsprung, Diskuswerfen, Hammerwerfen usw. Dazu kommt ein Fünfkampf, Mannschaftskämpfe, Einzel- und Mannschaftskämpfe für Sportlerinnen. — 2. Turnen: Mannschaftsvereinskämpfe nach dem deutschen, schwedischen und holländischen System, Turner und Turnerinnen, ferner Mannschaftsaufführungen (Parade). — 3. Rad sport: Einzel- und Mannschaftsfahren auf 50 Kilometer. — 4. Wasser sport: a) Rudern: 1 Schiff, 2 Doppel-, 3 Vierer-, 4 Achter-Ausleger; b) Schwimmen: 100-Meter-Freischwimmen, 100-Meter-Rückenschwimmen, 200-Meter-Brustschwimmen, 400-Meter-Freischwimmen, 400-Meter-Brustschwimmen, 1000-Meter-Freischwimmen usw., ferner Kajakwettläufe, Mannschaftskämpfe für Schwimmer und Schwimmerinnen. — 5. Kampfsport: Boxen: Einzelwettkampf im englischen Boxen. Ringkampf: Einzelwettkampf griechisch-römisch. — 6. Spielarten: Fußball, Korfball, Lawn-Tennis.

Dieses vorläufige Programm wird nun in den einzelnen Ländern zur Diskussion gestellt und später endgültig festgelegt werden.

Das Geschäft geht über alles! Unter dem Titel „Der entlarvte Hakenkreuzler-Fußballklub „Sparta“ in Karlsbad“ schreibt der Karlsbader „Volkswille“: Es ist gar nicht so lange her, als der Karlsbader Fußballklub nach den Verhandlungen des Deutschen Fußballverbandes mit dem Tschechischen Fußballverband ein Spiel gegen einen tschechischen Verein in Karlsbad austrug. Damals wurden die Mitglieder des Karlsbader Fußballklubs von unserer braven einheimischen völkischen „Sparta“ als „Volkverräter“ bezeichnet. Nun, nächsten Sonntag spielt der Hakenkreuzlerverein „Sparta“ gegen „Sportovní Klub-Radno“, verweigert aber der Öffentlichkeit, in seinem würdigen Leiborgan und auf den Plakaten, daß „Sportovní Klub-Radno“ ein tschechischer Verein ist. Die Reklame bezeichnet diesen Verein „S. K. Radno“. So ist doch erwiesen, daß die Hakenkreuzerspieler eben nur auf Lug und Betrug der Öffentlichkeit gegenüber ausgeht. Wie wir in letzter Minute erfahren, hat eine Sitzung der Oberhäupter der nationalen Vereine stattgefunden, bei welcher die „Sparta“ die Zustimmung mit Tschechen zu spielen verlangte. In der Zuschrift der „Sparta“ wird erklärt, daß sie eben von den Einnahmen der deutschen Wettspiele nicht existieren könne, daher, um der finanziellen Notlage des Klubs abzuwehren, mit Tschechen spielen müsse! Die nationalen Vereinsvertreter haben auf Grund dieser „Aufklärung“ ihre Zustimmung erteilt. Es ist wirklich zum Speien!

Fußball. In Preßburg fand Mittwoch das Städtefest Wien gegen Preßburg statt. Die Wiener siegen verdient 1:0 (0:0). Das Länderspiel Oesterreich gegen Finnland brachte Mittwoch auf der hohen Warte in Wien den Oesterreichern vor 35.000 Zuschauern einen einwandfreien 2:1-Sieg. Die Oesterreicher waren technisch hoch überlegen.

Leichtathletik. In Rotterdam fand Sonntag der leichtathletische Länderkampf Holland gegen Belgien statt, den Holland mit 53:44 Punkten gewann. Die hervorragendsten Resultate lauten: Weitsprung: Boot-Holland 688,5 Zentimeter, 400 Meter: Paulen-Holland 50,7 Sek., 100 Meter: Proos-Holland 10,9 Sek., vor Broghard-Belgien 11 Sek., Stabhochsprung: Kerger-Holland 360 Zentimeter vor Powell-Belgien 350 Zentimeter, Hochsprung: Henoult-Belgien 180 Zentimeter, 110 Meter Hürden: Powell-Belgien 16,5 Sek. Die übrigen Resultate waren schwächer.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: C. Doltz.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Relaxanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus, Prag, Smetky 22 (Urania).

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Gauymed“, Tägliche Konzerte in PRAG II., Hybornská Nr. 7.

Café „Nizza“, Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.